## Die Reaktion in Griechenland

Die Reaktion, die von der Sozialdemokratie Schritt für Schritt wieder nach den ersten Revolutionsstürmen in den Sattel geboben wurde, versucht heute mit allen Mitteln, ihre alte Position wieder einzunehmen. Die sogenannte Demokratie wird mehr oder weniger wieder beiseite geschoben, und die Militärkamarilla erhebt ihre Diktatur. Fast in allen Staaten kommt diese Militärdiktatur heute wieder zum Vorschein. Nun wird auch von Griechenland die Meldung eines Militärputsches verbreitet, der die bestehende demokratische Regierung gestürzt hat. Wir geben eine solche Meldung wieder:

**(TU.) Rom, 25. Juni. Aus Athen wird gemeldet, daß die Offiziere der Garnison Saloniki von der Regierung den sofortigen Rücktritt des Ministerpräsidenten Michalakopulos und die Ernennung des Generals Pangalos zum Ministerpräsidenten gefordert haben. Die aufständischen Offiziere haben das Generalstabsgebäude, den Bahnhof und die öffentlichen Gebäude der Stadt besetzt. Ueber Saloniki ist der Belagerungszustand verhängt worden. Nach den letzten Meldungen sind die aufständischen Truppen in ganz Griechenland Herren der Lage. Die Flotte unter Admiral Hadschikyriakos hat sich der Bewegung angeschlossen. Der Admiral teilt dem Präsidenten der Republik mit, daß er die Regierung für gestürzt ansehe. Zu blutigen Zusammenstößen ist es nirgend gekommen.**

Wir sehen hieraus, daß die Bourgeoisiemeist allen Mitteln gegen die passive Demokratie vordringt, um so die stattgefundenen Staatsveränderungen wieder aus der Welt zu schaffen. Für das Proletariat ist nicht die Beseitigung irgend einer „Demokratie" hierbei das Maßgebende, sondern die Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse, die sich immer deutlicher bemerkbar macht. Das Proletariat muß endlich aus seiner Ruhe gerissen werden.

## Der große Aufwertungsschwindel

Die Aufwertungsgläubigen marschierten am Mittwoch zum Reichstag um beim großen Parlament die Rentenpfennige und die Spargroschen einzuklagen. Sie warten ja schon Jahr und Tag darauf, daß die Stabilisierung in Erfüllung geht, die ihnen die einstmals gezeichneten Kriegsanleihen oder die alten Tausendmarkscheine, auf denen man sein Kopfkissen unruhig hin und hergewühlt hat, wieder abnimmt.

Der Glaube an das liebe teure Vaterland, das die geduldigen Schäflein schützt, ist noch nicht verloren gegangen. — Und wenn auch Wilhelm seinen Leib und seinen Geldbeutel nach Holland rettete, — seine Nachfolger im Hohen Rat, angefangen beim großen Volkstribun Fritz Ebert dem Unvergeßlichen und das deutsche Parlament haben ja die Tilgung der Schulden' versprochen. Früher hatten die Sozialdemokraten durch Versprechungen die armen Kleinbürger hinter sich, heute laufen sie zum großen Teil wieder hinter dem alten Adelsstamm unter Hindenburg her, die ihnen mit Wiedereinführung der guten alten Zeit auch die Spargroschen versprochen haben.

Nun sind die zweiten Versprecher und Erfüller am Ruder, und die armen Kleinbürger sehen noch keine Besserung, die Versprechungen gehen nicht in Erfüllung. Ueber den Rahmen ihres treuteutschen Untertanenverstandes können sie natürlich nicht hinausschauen um die Wirklichkeit der kapitalistischen Verhältnisse zu erkennen. Sie haben nicht bemerkt, daß die Stabilisierung, die man mit Hilfe der Auslandskredite eingeführt, sich darin offenbart, daß die Inflationskatastrophe und den Staatsbankrott durch die Streckung der Staatsschulden von 1000 zu 1 verdunkelt hat. Sie haben heute noch nicht begriffen, daß es für den Kapitalismus ein Unding ist die Schulden zu tilgen.

In ihrer Illusion ziehen sie zum Reichstag und verlangen Erfüllung. Jedoch, — die zucken mit den Achseln! Dürfen bei ihrer Ehre als Hüter des Staates nicht sagen, daß der Staat bankrott ist.

Einer steht aber beiseite und lacht, — hat ja seine Versprechungen noch nicht erfüllen brauchen, — das ist die „revolutionäre" KPD., die auf den Zuwachs des Kleinbürgertums lauert. Diese parlamentarische Zukunftspartei greift den Ausspruch eines der Aufwertungsgläubigen an den sozialdemokratischen Abgeordneten Dietrich sofort für sich auf und gibt ihn in der „Roten Fahne" am 25. Juni wieder. Er lautet: **„daß die Sozialdemokraten es ja in der Hand gehabt hätten, während ihrer Regierungszeit rücksichtslose Maßnahmen gegen die Inflation zu ergreifen und weiter, daß die Sozialdemokratie die Politik der Großindustrie, die bewußt auf die Inflation hinarbeitete, unterstützt habe und dem Großkapital hunderte von Millionen an Geschenken mit zugeschanzt habe".**

Dieser Ausspruch paßt der KPD., — so illusionär er auch ist — er paßt in die Parolenschmiede der Arbeiter-Kleinbürger-Partei. Nun, wo alle Versprechungen der anderen Parlamentsparteien zunichte geworden sind, kann die KPD. ihre Parolen versuchen.

Mehrere kommunistische Abgeordnete, insbesondere der große Höllein setzte sich sehr eingehend mit den Vertretern der Aufwertungsverbände auseinander. Da konnten sie es wieder einmal anbringen: — „nur die Arbeiter- und Bauernregierung wird dem Kleinbürgertum die Versprechungen erfüllen können, nur sie wird die Sachwerte der Großbourgeoisie kontrollieren und erlassen wollen, wählt bei der nächsten Wahl die KPD.!"

Wollten wir die KPD. müßte ihren reinen Parlamentscharakter einmal praktisch offenbaren, so wie sie in Sachsen die Frage gestellt, den Illusionen, die sie den Kleinbauern und Kleinbürgern in Versprechungen gemacht hat, im Parlament die Erfüllung folgen zu lassen, dann wäre der ganze Aufwertungsschwindel aufgedeckt.

Das Proletariat hat zu erkennen, das die ganze Aufwertungsfrage Unsinn ist. Das kapitalistische System hat kein Interesse aus seiner Tasche eine zum Teil unproduktive Klassensehnsucht zu erhalten. Im besonderen besteht ihm garnicht die Möglichkeit, neben der zwangsweisen Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbasis die Schulden, die der gesamte Umwälzungsprozeß mit sich gebracht hat, zu tilgen.

Es kann auch nicht die Aufgabe des Proletariats sein, wie es sich die KPD. zur Pflicht gemacht hat, für die Interessen des Kleinbürtums und des Mittelstandes einzutreten, die zum Untergang verdammt sind. Die Aufgabe des Proletariats ist seine Befreiung vom kapitalistischen System.

### Druckfehlerberichtigung.

In der „KAZ." Nr. 48 sind auf der ersten Seite einige entstellende Druckfehler unterlaufen, die wir im folgenden berichtigen: Es muß in dem Artikel „Die Ursachen der Teuerung" heißen: 1. Spalte unten: mit der Vermehrung und Konzentration usw., 2. Spalte, Absatz 4: Jetzt hat die Kuh das Futter aufgefressen, — einen verrückten Veitstanz aufgeführt usw. — und um sie herum die Gläubiger aller Länder und verlangen, — Desgleichen Absatz 6: Die Kreditkette, die Produktion, Groß- und Kleinhandel zusammenhält, reißt, wenn von oben auf Zahlung gedrängt wird, ohne Einräumung neuer Kredite. — Tod zum Schluß in der 3. Spalte: von den Betrieben ist zu lesen, wie es heißen muß.

Desgleichen in Nr. 49 auf der 1. Seite, erste Spalte muß es heißen statt: „auch mit den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu demokratisieren, — zu demonstrieren.

## Wirtschaft

### Staat Stinnes

III.

**Der Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns.**

Die Geschichte der Dynastie Stinnes ist die Geschichte des Kapitalismus. Durch sein Raffinesse beim Schachern wurde einer der Stinnes bei der Geburt des modernen Kapitalismus an die Oberfläche gewirbelt. Der alterschwache Kapitalismus stößt den größten Sohn Stinnes aus dem Zenit vor sich ins Grab. Vor 100 Jahren erwarb Matthias Stinnes aus dem Ertrage des Kohlenhandels die ersten Zechen. Die Ausbeutung von Proletariern brachte mehr als der Handel; diese Erkenntnis war allen Gliedern der Dynastie eigen. Der Stinnes-konzern hielt zusammen, wo die Proletarier in den Produktionsstätten sich ihren Arbeitsertrag soweit vorenthalten ließen, als nötig war, das Gebiete über Wasser zu halten; er fing aber an zu bersten, wo der Handel beginnt, wo die Konzernegewaltigen es mit selbstbewußten Bürgern zu tun hatten. Die ersten 50 Millionen Mark Verluste sind beim Warenhandel in Hamburg enstanden.

Der Grundsatz: „Mehr arbeiten, weniger verbrauchen", hatte für das Kapital solange einen Sinn, als es die überhaupt für das Kapital solange einen Sinn, als es die überhaupt flüssigen Waren auf dem Weltmarkt, in kapitalistisch noch nicht erschlossenen Ländern absetzen konnte. Als die Welt aufgeteilt war und die industrialisierten Staaten mehr Waren auf den Inlandsmarkt warfen, als die „wenig verbrauchenden" Lohnsklaven" konsumierten, hatte das Latein sein Ende. Der Stinneskonzern trug den Todeskeim in sich, als er geboren wurde. Der Stinneskonzern wurde zusammengebaut aus den Fäulnisstoffen, aus den zuerst purzelnden Schichten des Kapitalismus. Die Produktivkräfte haben sich ungeahnt entfaltet, die Produktionsmittel sind vermehrt. Nach bürgerlicher Auffassung wurde dies als Kapitalakkumulation hinstellt. In Wirklichkeit war es das Gegenteil, es war ein Aufzehren der Akkumulationsmöglichkeit. Die Riesenbetriebe lebten vom Lohndruck, von der Zerstörung der Kaufkraft. Wie der Kapitalismus bei seiner Geburt durch die erste Umschichtung von Besitzenden zu Lohnarbeitern anfängt, sich einen Klassenfeind zu schaffen, so untergrub sich die neuzeitliche Kapitalkonzentration vom ersten Augenblick an ihr Fundament durch die Zerstörung der Kaufkraft. Dies sehen alle jene Reformisten nicht, die KAP. und AAU. umstellen möchten, dem Proletariat bessere Lebensbedingungen zu schaffen; im Kapitalismus! Das sah auch Stinnes nicht voraus. Stinnes war ein Fanatiker der Produktion. Stinnes dachte ebensowenig zu Ende, als jene Reformisten, die in jeder Kapitalskonzentration und -zentralisation eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sehen. Stinnes wollte durch die Produktion die Akkumulation sehen. Stinnes wollte durch die Produktion die soziale Frage lösen: „Jede Tonne Kohle hat im Auslande einen Wert von 2000 Mark (Inflationsmark) und verarbeitet 4000—6000 Mark. Eine Monatstonne mehr gleich ein Arbeitsloser weniger. Nehmen Sie eine Million Monatstonnen mehr und die Arbeitslosenfrage ist gelöst." (Stinnes im Reichswirtschaftsrat!) An den Absatz dachten weder Stinnes, noch jene „Theoretiker" die dem Kapitalismus nur dann nicht die ewige Lebensdauer zugestehen, wenn ihn das Proletariat in den ausgeweiteten Lohnkämpfen stürzt.

Die Stinnesbetriebe wurden unrentabel infolge Absatzstockung und purzelten. Die Werften und Schiffahrtslinien wurden unrentabel, weil der Weltverkehr stockt. Was wir beim ersten Bekanntwerden des Londoner Paktes sagten, tritt schon jetzt in Erscheinung. Die amerikanischen Kredite können nicht zurückgezahlt werden. Gewiß sind 200 Millionen Mark nicht viel im Verhältnis zu den investierten Werten. Diese „Werte" haben aber nur dann Wert wenn die Produktion nicht stockt, wenn Absatz möglich ist und Profit geschaffen wird. Das ist der wunde Punkt. Die Geldgeber würdenen nicht an den Krediten rütteln, wenn die Aussicht vorhanden wäre, sie zurückzuzahlen, oder sie auch nur zu verzinsen. Die Krankheit des Stinnesgebildes ist die Krankheit des Kapitalismus. Sein Produktionssystem wankt. Das haben die Träger des Kapitalismus jetzt endlich begriffen. Das gesamte Bankkapital greift ein; das Reich hilft durch die Reichsbank und die Golddiskontbank (natürlich mit den Steuergeldern der Proletarier. Sogar die Konkurrenz greift dem Purzelnden unter die Arme. Nicht aus Liebe zu Hugo und Edmund. Es gilt die aufbrechende Eiterbeule den Augen der Kreditgeber zu verdecken. Durch das Zustopfen der Löcher an der einen Stelle werden aber dem ganzen verkrankten Wirtschaftskörper andere, größere Löcher aufgerissen. Der Riß wird eben nur zum Schein verkleistert. Früher oder später muß er wieder aufbrechen. Die weichenden Börsenkurse deuten das jetzt schon an. Durch das Abbröckeln der Effektenkurse leiden freilich noch nicht die Produktionsmittel die niedrigere Notierung der Industriewerte ist aber der Ausdruck dafür, daß die Profitmöglichkeiten schwinden.

Das Gebilde, das im allgemeinen mit Stinneskonzern bezeichnet wird, ist zusammengeflickt aus einer Anzahl Industrieorganisationen, d. h. aus mehreren Konzernen. Das vertikale Gebilde, das der Ausgangspunkt von Stinnes Herrlichkeit war, haben wir in unserem ersten Aufsatz in seiner Struktur dargestellt. Es sind dies die Montanwerke mit darauffolgenden Produktionsbetrieben' etc., die ihren Kopf in der „Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union" haben. Ein durchaus organisches Gebilde. Ihm zur Seite steht die „Hugo Stinnes-G. m. b. H.-Hamburg mit den Uebersee- und Binnenland-schiffahrtsgesellschaften, Werften, Vertriebsorganisationen u. a. Dann ist der „Hugo Stinnes-G. m. b. H.-Privatkonzern". Hier ist alles aufeinandergestapelt, was bei der rasenden Markentwertung purzelte, von Stinnes als Kapitalsanlage seramsch wurde und sich nicht organisch einrangieren ließ. Dies ist das „industrielle Warenhaus". Selbstverständlich sind die Gebiete nicht abgegrenzt. Die Glieder der Konzerne, d. h. die aufgekauften kleinen Konzerne, einzelnen Werke, Aktienpakete, Beteiligungen etc. schwimmen durcheinander. Der Privatkonzern wird in seiner großen Gesamtheit jetzt wohl abgestoßen, um Geld flüssig zu machen. Man darf da nicht an einen Verkauf und Millionenerlöse für einzelne Unternehmungen denken. Zum Teil gehören sie Stinnes nicht ganz, sind verschuldet, haben nur Absatz bei größerem Kapitalzuschuß. Mit dem Privatkonzern wird Edmund Stinnes ausgeschiff, um jemand als Sündenbock zu schildern, der die „Schuld" hat. Das soll heißen, das künftig so etwas nicht mehr vorkommen kann. Aber auch von den gutgehenden Industriewerken werden solche abgestoßen. Der Berliner Siemenskonzern leugnet schon seine Zugehörigkeit zum Stinneskonzern. Die Privatbanken, die ihre Gelder hergeben, werden sich keinen Schund aufdrängen lassen; sie werden Aktienpakete gutfloriernder Unternehmen beansprechen. Bis jetzt läßt sich nicht übersehen, wie hoch die Verbindlichkeiten sind, was abgestoßen werden kann und was stillgelegt werden muß. Nur soviel ist zu sehen, daß der Stinneskrach der Anfang eines tiefgehenden Risses ist, der sich an dem kranken deutschen Wirtschaftskörper auftut.

Karios ist die Einstellung derjenigen Presse, die noch vor kurzem im Staube auf den Knien lag und die Gottähnlichkeit Stinnes anbetete. Der „Vorwärts" macht sich die Sache am leichtesten. Er stellt Stinnes einfach als einen Dummkopf hin, der eben alles falsch gemacht habe. Das soll heißen, daß es besser gemacht werden könne und daß es sich dann im Kapitalismus schon leben ließe. Zweifellos stimmt dies für Parlamentarier, Partei- und Gewerkschaftsführer. Natürlich ist der „Vorwärts", daß der Stinneskrach für die Volksmasse zu machen!" „Auf den bürgerlichen Wirtschaft und die Arbeiter böse Folgen haben werde. Nach dieser Theorie läßt sich die Schuld an der kommenden Hundgerkrise vom kapitalistischen Produktionssystem ab und auf den toten Stinnes schieben. Die Sozialdemokratie deckt sich bei Zeiten, wenn sie auch ferner die Verlendung des Proletariats den „schlechten" Kapitalisten in die Schuhe schiebt, und das Proletariat für die Verbesserung des Kapitalismus einspannt. Am meisten schimpft natürlich die „Rote Fahne" über den Wucherer und Blutsauger und seinen Konzern, der mit Gott sei Dank in Staub und Asche zerfallen ist. Die ganze Theorie der Reformisten läuft darauf hinaus, die Kapitalisten in gute und schlechte zu scheiden. Auf des Uebels Wurzel, auf das kapitalistische System, weist niemand hin.

Stinnes war weder ein Esel noch ein Teufel. Er war der Ausdruck des Kapitalismus in seiner letzten Lebensphase; ein Träger des Profitsystems auf seiner höchsten Entwicklung. Das Proletariat kann kein Interesse daran haben, ob der Stinneskonzern zerbricht oder erhalten bleibt. Es kann ihm gleich sein, wer es ausbeutet, solange es ausgebeutet sein will. Es kommt darauf an, daß das Proletariat die Situation erkennt, daß es erkennt, daß seine Klasseniage im Kapitalismus nicht mehr gebessert werden kann. Es kommt darauf an, daß das Profitsystem gestürzt wird, daß das Proletariat die gewaltige Entwicklung in seine Dienste stellt und für seine kommunistische Bedarfswirtschaft nützt. Nach der Beseitigung des Systems werden auch Köpfe wie Stinnes sich der Räteorganisation als Organisatoren und Industrieleiter zur Verfügung stellen. Das gesellschaftliche Sein schafft das Bewußtsein.

## Sportfanatismus

Nie waren die Mittel, mit denen man die Proletariermassen von ihrem elenden Dasein ablenkt, wodurch man das Klassenbewußtsein und den Klassenkampf untergräbt, so viele wie in dieser Zeit, in der der Klassenkampf zur Notwendigkeit wird. Ganz abgesehen von dem Parlamentarismus und den Gewerkschaftsillusionen, in deren Bann sich die Massen befinden. Auf jedes Ablenkungsmittel reagieren sie.

Fragt man die Proletarier nach ihrer Einstellung zur Frage der proletarischen Befreiung aus den Ketten der Lohnsklaverei, so stehen sie phlegmatisch und uninteressiert da und schauen in den Tag hinein. Sie lassen alles über sich ergehen, was das kapitalistische System ihnen aufzwingt. Anders ist es mit dem Interesse an den Sportbewegungen. Wie sensationsmäßig stürzen sie sich auf alles was der Sport bietet. Nie war die Ablenkung so groß als augenblicklich. Es ist, als wollte sich die Masse des Proletariats mit diesen Mitteln über die ganze Misere hinwegheilen.

So sehr wir als Menschen die Pflege des Körpers nicht außer Acht lassen dürfen, dieser Sportfanatismus wird zum Verbrechen am Proletariat, er führt zur Katastrophe. Es sind nicht nur die bürgerlichen Bewegungen, die von der Bourgeoisie bewußt im Interesse der Ablenkung und der Erziehung zum Militarismus geschaffen sind, die diese Ablenkung betreiben. Die Proletarier selbst haben sich solche Organe geschaffen. Um auf ihren Wert einzugehen, muß gesagt werden, daß sie dem Proletariat mehr schaden als nutzen. Das Bestreben dieser Organe ist zumeist nicht Körperkultur, sondern körperliche Ausbeutung im Sinne der Konkurrenz.

Dazu kommt, daß sich die Ablenkung vom Klassenkampf direkt konterrevolutionär auswirkt. Die Zeiten, ihre Verhältnisse, verlangen vom Proletariat mehr wie je das Interesse für die Politik, für den revolutionären Klassenkampf.

Alle kleinbürgerlichen Zeitungen einschließlich der „revolutionären Roten Fahne" versuchen so gut die journalistische Methode ausreicht, die Massen in diesem Sinne zu interessieren und abzulenken. „Das Bürgertum vertreibt sich mit Sportrummel die Langeweile! — Das Proletariat hat dem unbemühten Sportrummel muß unbedingt der rote Sportrummel folgen!" So schmieren die Zeitungen, — und die Proleten glauben, wenn sie in diesem Sinne recht begeistert sind, haben sie ein Stück dem Klassenkampf gedient.

Nichts ist gefährlicher, als mit kleinbürgerlichen Unterhaltungsmitteln den illusionären Geist der Massen zu fördern. Die Zeit verlangt etwas anderes von den Proletariern als Unterhaltung mit Rennsport, Boxsport der Angelsport und dergl., sie fordert die Schulung für den Kampf gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem.

Darum muß diese Ablenkungsmethode mit aller Macht unterdrückt werden. Die in diesem Sinne wirkenden Organe verdienen den schärfsten Kampf.

## Mitteilungen

**Achtung! Presse-Kommission!**

**Arbeits-Ausschuß!**

Am nächsten Mittwoch, den 1. Juli, findet in der Schule Gipsstraße, eine kombinierte Sitzung des Arbeits-Ausschusses der Partei und der Presse-Kommission statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen sämtliche Genossen erscheinen.

•

**Komm. Arbeiter-Jugend Mitteldeutschland.**

Am Sonnabend, den 4. Juli 1925, findet in Naumburg an der Saale, unsere

**Sonnenwendfeier**

statt. Treffpunkt abends 8 Uhr am Naumburger Bahnhof.

Wir fordern alle Jugendgruppen sowie Partei- und Unionsgenossen auf, sich zahlreich zu beteiligen.

Bez.-Leitung Sachsen-Mitteldeutschland der K. A. J. D.

**16. Unterbezirk der Allg. Arb.-Union (Köpenick).** Donnerstag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Köpenick, Rudower Straße 21. Alle Genossen müssen pünktlich erscheinen. **Die Parteigenossen, sowie Jugend sind verpflichtet, an der Versammlung teilzunehmen.**

**Kommunistische Arbeiter-Jugend.**

Jeden Mittwoch, abends 7,30 Uhr, finden im Jugendheim Lichtenberg, Dossestr. 22, Vorträge statt. Mitglieder müssen zwecks Abrechnung um 7 Uhr erscheinen.

**Die Gruppenleitung.**

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat Berlin O. 17, Lange Straße 79.

**Bestell-Zettel**

Ich bestelle hiermit die

**„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"**

**Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands**

per Post — frei Haus

Name:

Ort: Nr.

Straße:

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die obigen Adressen oder direkt an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu senden.

6. Jahrg. Nr. 51

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

## Revolutionstribunal in Rußland

Die drei deutschen Studenten, Kindermann, Wolscht und von Dittmar, die vor ungefähr ½ Jahr in Rußland verhaftet wurden und den deutschen Zeitungen viel Schreibstoff gaben, stehen heute in Moskau vor dem russischen Gericht. Es wird ihnen zur Last gelegt, in Rußland in der kommunistischen Partei Spitzeldienste geleistet zu haben, um ein Attentat auf führende Persönlichkeiten der russischen Regierung auszuführen.

Während augenblicklich die ganze Welt in politischen Aktionen und Prozessen aufgewühlt wird, wirkt auch dieser russische Spitzelprozeß nicht weniger sensationell.

In Bulgarien, in Deutschland, in Frankreich, in Marokko, kurzum überall in den Staaten zeigt die Klassenjustiz der Arbeiterklasse ihr brutales Gesicht. Bei all diesen politischen Justizakten treten im besonderen die Zersetzungserscheinungen der KPD., die einmal mit dem illegalsten Putsch und dann wieder mit dem krassesten Revisionismus einer Massenpartei operiert, hervor.

Obwohl die Wirklichkeit der russischen Politik sich im unverwaschenen Reformismus, im russischen Opportunismus bewegt, weiß die KP. sich durch diese Prozesse bei den Massen ins revolutionäre Licht zu rücken. Die ganze politische Welt wartet nun mit Gespanntheit auf die Ergebnisse des Prozesses gegen die drei deutschen Studenten.

Fast scheint es, als sollte hier ein Gegenstück zum großen Leipziger Spitzelprozeß aufgerollt werden. Die gesamte bürgerliche Presse einschließlich des „Vorwärts" spuckt Feuer und Schwefel auf die russische Justiz. Die „Rote Fahne" und alle anderen KPD.-Zeitungen wollen mit diesem Prozeß den unbedingten Beweis führen, daß der Spitzelapparat, der in Deutschland die Kommunistische Sektion vor den Staatsgerichtshof liefern will, seine Arme bis nach Rußland hinein ausstreckt. Der Beweis soll gebracht werden, daß hinter den Bourgeois-Söhnchen die Abteilung I A und die deutsche Regierung steckt, die das reaktionäre Attentat auf die russischen Führer inspirierte. Dem deutschen Spitzelapparat, der die KPD. an den Galgen gebracht hat, setzt sie zum Beweis ihrer Anklage den eigenen nicht weniger gut aufgezogenen Spitzelapparat der russischen Tscheka entgegen. Der Arbeiterschaft gegenüber soll dieser Prozeß als ein revolutionäres Volkstribunal aufgezogen werden, um Rußland im Zeichen des Kommunismus aufleuchten zu lassen.

So wenig wir diese Orgeschjünglinge — von deren Plänen wir auch überzeugt sind — werteidigen können, so müssen wir doch aussprechen, daß dieser aufgerollte Prozeß nichts von der Wirklichkeit des Kommunismus in Rußland beweist, vielmehr die Wirklichkeit der russischen Politik verschleiert und damit gleichzeitig das wahre Bild des Kommunismus bei den Massen.

Die Reaktion, die sich in Deutschland, in der ganzen Welt zur Zeit offenbart, scheut kein Mittel, um den politischen Gegner zu vernichten. Sie haben die ganze Welt mit ihrem politischen Spitzelapparat durchsetzt. Daß dieser Apparat auch in Rußland wurzelt, ganz gleich wie die polit. Einstellung Rußlands ist, ist selbstverständlich. Es ist ebenso begreiflich, daß diese Elemente der Bourgeoisie, die gut bezahlt werden, weil sie zu den politischen Waffen der bestehenden Gesellschaftsordnung gehören, sich im politischen Fanatismus gegen jede gegnerische Meinung auslassen. Daß sich dieselben Elemente, die Rathenau und manche andere weniger revolutionäre Personen mordeten, mit denselben Mitteln gegen russische Personen wenden, zeigt den weitausgestreckten Wirkungskreis der Reaktion, beweist aber nicht den revolutionären Klassenkampfcharakter Rußlands. Diese Elemente sind die rücksichtslosen Mittel der Reaktion, und wir haben sie in keiner Weise zu schonen. Bei Strafe schwerer Opfer wird die Arbeiterklasse jede Rücksicht gegen diese Elemente büßen müssen. Die Sozialdemokratie, die Liebknecht und Luxemburg und Tausende von Proletarier hinmordete, ist nicht weniger reaktionär. Sie beweist das in ihrem Artikel: „Kindermann-Skandal", den sie am Montag, den 29. Juni, im „Vorwärts" schreibt. Gegen solche offenen Stützen der Reaktion muß das Proletariat rücksichtslos vorgehen. Dies ganz gleich, ob wir feststellen müssen, daß sich hier in Rußland nicht ein Kommunismus, sondern die russischen Staatsführer gegen diese angeklagten Elemente schützen. Die Politik Rußlands hat dessen ungeachtet, wie wir schon oft festgestellt haben, nichts mit Kommunismus und Klassenkampf zu tun.

Ein treffendes Beispiel für den politischen Charakter der KP. gegenüber diesem Prozeß bildet die so oft aufgerufene Amnestiefrage. Für die in Deutschland von der Klassenjustiz verurteilten Kämpfer gegen die bestehende Staatsordnung verlangt sie von der Regierung Gnade oder Amnestie. Sie selbst fühlen sich aber gezwungen, den Staats- oder Klassenfeind ebenso abzuurteilen. Das beweist: Das Urteil der Justiz — sei es nun Volksgericht wie in Rußland, oder bürgerliche Klassenjustiz in Deutschland, hat nichts mit Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit zu tun, sondern wird durch die herrschenden Staats- oder Klassenverhältnisse bestimmt. Der Ruf nach Amnestie besagt, daß man sich den bestehenden Herrschaftsverhältnissen fügen, den Klassenkampf aufgeben will.

Es wäre daraus verkehrt, die Spitzelprozesse in den einzelnen Staaten zum Ausgleich gegenüber zu stellen. Mit dem Prozeß in Rußland wird sich die Bourgeoisie nicht abschrecken lassen, in Zukunft weiter um ihre Existenz zu kämpfen und revolutionäre Proletarier hinzumorden. Die Rettung des Proletariats hängt darum nicht vom Ausland der Spitzelprozesse in Moskau ab, oder von einer deutschen Amnestie, sondern erst von der Machteroberung der Arbeiterklasse und der Errichtung des revolutionären Tribunals gegen die Bourgeoisie und ihre reaktionäre Elemente.

## Der Kampf um den europäischen Frieden

II.

Die Komintern fürchtet, daß durch diese Entwicklung die Widerstandskraft des englischen Kapitals gegenüber den Selbständigkeitsbestrebungen der Kolonialvölker steigt. Wenn es dem englischen Kapital gelingt, die Ruhe in Europa durch Stärkung des deutschen Kapitals gegenüber den französischen Hegemoniebestrebungen ohne die Notwendigkeit des Einsatzes von eigenen Mitteln wiederherzustellen, kann es sich mit voller Kraft der geplanten Zusammenfassung der Dominions zu einem einheitlichen Imperium widmen. Die Durchführung dieses Planes ist eine Lebensfrage für das englische Kapital geworden. Solange England der Bankier und Verfrachter der Produkte der ganzen Welt war und solange seine Industrie auf einen sicheren Absatz ihrer Produkte auch für die Zukunft in vollem Umfang rechnen konnte, bedeutete jede Förderung der kapitalistischen Entwicklung der Kolonien einen bedeutenden Gewinn für das englische Kapital. In dem Augenblick aber, in welchem das in den Kolonien sich entwickelnde Kapital sich kräftig genug fühlte, ohne englische Unterstützung die Ausbeutung des Landes allein durchzuführen und auf dem Weltmarkt selbständig aufzutreten, mußte das englische Kapital das auseinanderfallende Imperium mit Gewalt zusammenhalten. Die „loyale" englische Kolonialpolitik, die von den deutschen Liberalen als vorbildlich gepriesen wurde, hat sich überlebt. Der Weltkrieg, an dem die englischen Kolonien aktiv auf Seiten Englands kämpften, hat die Loslösung beschleunigt und zu heftigen Kämpfen zwischen dem englischen Kapital und der nationalen revolutionären Bewegung geführt. Die Folge war, daß das englische Kapital Schritt um Schritt zurückweichen muß. In England herrscht seit Kriegsbeendigung ungeheure Arbeitslosigkeit. Die Industrie feiert. Das deutsche Proletariat als Profitquelle kommt nach Ueberwindung der Inflation nicht mehr in Frage. Es scheidet damit vorläufig als Konkurrent aus, weil der Auswerkauf beendigt ist, aber dadurch öffnet sich nicht der Markt für das englische Kapital. Es sind neue Inflationskonkurrenten entstanden. Das System des Dumping muß von den Industriebecken Westeuropa in der einen oder der anderen Form auch in der nächsten Zukunft betrieben werden, weil es auf den Export angewiesen ist. Es kann dies z. B. durch das System hoher Inlands- und niedriger Auslandspreise erfolgen.

Der Hochschutzzoll ist die Waffe der Kolonialländer gegen das europäische Mutterkapital und des Mutterkapitals gegen die Konkurrenz des Kolonialkapitals und die durch günstigere Rohstofflage bevorzugten Länder. Die allgemeine Einführung dieses Prinzips bedeutet eine ungeheure Beschleunigung in der Herausarbeitung der imperialistischen Gegensätze. Es ist nicht mehr die Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung, eine Umspannung der gesamten Weltwirtschaft durch ein Netz von internationalem Ausgleich der Wirtschaftskräfte herbeizuführen, wie es die vom Handelskapital ausgehende pazifistische Entwicklung träumt. Vielmehr greift das Kapital zu einer sich selbst abschließenden Wirtschaft. Der Handel als notwendiger Austausch ist bei dem durch den Weltkrieg entscheidend herausgearbeiteten Uebergewicht des Industrie- und landwirtschaftlichen Kapitals ausgeschieden, weil die ihn als Unterlage benötigenden rein industriellen Länder ihre Vormachtstellung innerhalb des Weltkapitals verloren haben. Bei den großen Produktionsverbänden liegt der Schwerpunkt der „nationalen" Politik. Ihr Interesse ist maßgebend. Die englische Industrie drohte unter dieser Abschnürung zusammenzubrechen. Während fast alle Industrieländer eine sehr starke landwirtschaftliche Produktion haben, die einen großen Teil des Verbrauches deckt, ist England in sehr großem Umfange auf die Einfuhr angewiesen. Es muß sich Zwangslieferungs- und Zwangsabsatzgebiete sichern. Diese Tendenz geht so weit, daß erhebliche Gruppen des englischen Kapitals eine vollkommene Konzentrierung der gesamten englischen Wirtschaftsmacht auf diese Aufgabe verlangen. Die Isolierung von Europa erscheint ihnen die beste Lösung, nicht der

## Terror in Bulgarien

Die Zankoff-Regierung hat mit ihrem Wüten gegen die Anhänger der Bauern und der Kommunisten immer noch nicht Schluß gemacht. Obwohl die KP. in der ganzen Welt täglich Proteste und Resolutionen annimmt, die sich gegen den weißen Terror richten, arbeitet die bulgarische Militärjustiz immer unbekümmert neue Terrorpläne aus und richtet die Gefangenen hin. Die Städte werden systematisch abgesperrt und jeder Winkel nach verdächtigen Personen durchsucht, die Gefangenen werden in ganz brutaler Weise behandelt, sehr oft auf dem Transport hingemordet. Genau wie in Italien wird ihnen der Antrag gestellt, Mitglied der Regierungsorganisation zu werden, oder die Konsequenzen zu tragen. Die Verhaftungen erstrecken sich weit in bürgerliche Kreise und schrecken vor ausländischen Staatsangehörigen nicht zurück. Viele der Bedrohten fliehen über die Grenzen, die aber auch gut bewacht werden.

So wirkt eine Klasse, um sich gegenüber den unterdrückten Klassen Macht zu verschaffen. Rohe Gewalt ist das Mittel, mit denen die Bourgeoisie, die Militärkamarilla, über den Kleinbauern Bulgariens ihre Macht aufbaut. Diesen Terrorakten, an denen sich die Bourgeoisie der ganzen Welt gegenüber dem Proletariat übt, darf die Arbeiterklasse nicht kalt gegenüberstehen. Wenn auch in Bulgarien an Stelle der Industrieproletarier die Kleinbauern die leidenden sind, dieser Terror wird sich in noch schärferem Maße gegen die Proletariermassen auswirken, wenn nicht das Proletariat selbst den Willen zur Offensive aufbringt. Nur mit der Offensive des Weltproletariats, nicht mit Resolutionen und dergleichen können diese Terrorakte aus der Welt geschaffen werden.

### Elf neue Todesurteile in Bulgarien

(WTB.) Sofia, 29. Juni. Nach einer Meldung des Regierungsblattes Retsch aus Phillipopopel hat das Kriegsgericht das Urteil gegen den Zentralausschuß der Kommunistischen Partei in Süd-Bulgarien gefällt. Die Kassiererin der Kommunistischen Partei, Sonja Dragoitschewa, die Rechtsanwälte Michailoff und Todoroff, Milieff und Swetaroff wurden zum Tode verurteilt. Dimitroff wurde zu lebenslänglichem Kerker verurteilt. Sechs andere Kommunisten erhielten Kerker und 250 000 Lewa Geldstrafe.

Das Kriegsgericht in Siliwen hat die kommunistischen Verschwörer Dimitroff, Brateff, Karnotoitleff und Mintscheff, ferner Malinoff und Georgieff zum Tode durch den Strang verurteilt. Alle Verurteilten sind zwischen 21 und 23 Jahre alt.

dauernde Kompromiß zwischen den europäischen Handelsinteressen und der Politik eines Greater Britain. Wenn diese Politik trotzdem abgelehnt wird, so geschieht dies aus sehr realen Gründen und nicht etwa wegen einer geheiligten alten Tradition, die an der Herstellung eines Gleichgewichts auf dem europäischen Kontinent festhält. Chamberlain hat dies in seiner letzten Rede im Unterhaus, welche der Verteidigung der von Briand gefertigten und von ihm genehmigten Antwortnote galt, besonders hervorgehoben. Die Sicherheit Englands verlange die Wahrung seiner Rechte und Uebernahme der Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag, d. h. die Entwicklung der Position des französischen Kapitals auf dem Kontinent kann England nicht gleichgültig sein. An der bisherigen Westgrenze kann es nichts ändern, weil dies eine offene Kriegserklärung bedeuten würde und auch nur dadurch erzwungen werden könnte. Die größte Furcht ist aber das Bündnis und die Verbindung des französischen Kapitals mit dem ganzen osteuropäischen Komplex. Ganz erhebliche Schwierigkeiten können dem englischen Kapital durch die Vereinigung dieser Mächte erwachsen. Es hat eingesehen, daß die durch den Versailler Vertrag erfolgte Zerstückelung des deutschen Kapitals bei dem französischen Machtwillen eine starke Gefahr für es selbst bedeutet. Der polnische Korridor, d. h. Ostpreußen und Oberschlesien sind durchaus notwendige Ergänzungen für das deutsche Kapital, wenn es existieren soll. Der Verzicht auf Ausdehnung nach dem Westen ergibt sich allein aus der Stärke der französischen Wehrmacht. Ein in seiner Bewegungsfreiheit gehemmtes und daher explosiv geladenes deutsches Kapital müßte einen neuen Krieg entfesseln, der nach der augenblicklichen Lage zu einer erheblichen Stärkung Frankreichs führen würde. Die Verweigerung einer Ausdehnung nach Osten bedeutet ohne weiteres die Erfüllung der französischen Wünsche. Selbst wenn das deutsche Kapital aus Ohnmacht noch auf jede Expansionspolitik verzichten muß, so hat dies aber gleichzeitig zur Folge, daß es seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. 28.

Es ist daher erklärlich, daß das französische Kapital sich zu einem starren Festhalten an dem Versailler Frieden bekennt. Diese Vertragstreue läßt es neben dem Sicherheitspakt mit ihm selbst den Abschluß eines Sicherheitspakts zwischen Polen, Tschechoslowakei, Frankreich und Deutschland verlangen. Es besteht auf seinem Schein, weil dieser auch der Schlüssel zu einer „friedlichen" Eroberung der Rheinlande ist. Das französische Memorandum erklärt ausdrücklich, daß Frankreich auf seinem Recht zum Einmarsch in dieses Gebiet ohne Befragen der übrigen Mächte bestehe und daß es auch weiterhin das Durchmarschrecht durch Deutschland für den Fall eines Angriffes von Rußland auf Polen beansprucht. Beide Rechte sind wesentlich für die Beherrschung Europas. Die Behauptung Polens als Pufferstaat zwischen Deutschland und Rußland ist eine der Hauptfaktoren für die französische Vorzugsstellung. Eine direkte Verbindung dieser beiden Mächte würde allmählich die Unabhängigkeit des deutschen Kapitals von der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte bedeuten und damit Frankreich seines starken Zwangsmittels für die Erfüllung der Reparationen berauben. Es würde gleichzeitig die Sicherung des russischen Marktes für die deutsche Industrie zur Folge haben.

Die Aufrollung der Ostfrage ist der Beginn des Kampfes des deutschen Kapitals mit Frankreich um die Vormachtstellung in Europa. Der Schlüssel der deutschen Position liegt nicht im Westen, weil der Westen verbarrikadiert ist. Die westliche Orientierung soll der östlichen dienen, aber nicht im russischen Sinn, weil die deutsche Stellungnahme indirekt der Stärkung des englischen Kapitals dient. Der Unterschied ist darin zu suchen, daß der Schwerpunkt der Interessen des deutschen Kapitals gegen das französische und der des russischen gegen das englische Kapital gerichtet ist. Deutschland kämpft um Europa, und Rußland um Asien. Das deutsche Kapital ist bereit, Rußland vorläufig preiszugeben, um durch Englands Hilfe eine territoriale Vergrößerung zu erhalten. Die Sowjetregierung hätte ja an und für sich nichts gegen eine Erweiterung der Macht des deutschen Kapitals, wenn dadurch nicht das englische Kapital gestärkt würde. Ein militärischer Angriff gegen Polen, wie er der Gegenstand der Sorge des französischen Kapitals ist, liegt Rußland fern, weil es erst und vor allen Dingen seine asiatischen Grenzen schützen und eine Konsolidierung seiner inneren Verhältnisse abwarten muß, ehe es nach Westeuropa vorstößt. Außerdem kann es diese Sorge der revolutionären Propaganda überlassen.

Das deutsche Kapital hat aber mit der Erweiterung nach Osten auch eine Revision der Bestimmungen des Friedens von St. Germain im Auge gehabt. Der Anschluß an Deutsch-Oesterreich war auch vom englischen Kapital sozusagen als eine Entschädigung für den Verzicht im Westen gedacht, wie dies aus der Chamberlain'schen Rede hervorgeht. Dies wäre ein außerordentlich geschickter Schachzug, da dadurch die sogenannten Nachfolgestaaten in eine größere wirtschaftliche Abhängigkeit von dem deutschen Kapital kommen würden.

Alles in allem der Plan war nicht dumm, aber die Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Das französische Kapital durchschaute das Manöver und erklärte, eine halbe Garantie paßt uns nicht, wir wollen vollen Frieden. Wir sind treue Vertragskontrahenten und deshalb sind wir gezwungen, euch alles zu versagen. Wenn ihr schon dauernden Frieden haben wollt, so dürft ihr nichts aufrollen. Der und die Schlaumeier werden festgehalten und festgenagelt. Die ganze betrogene deutsche und englische „öffentliche Meinung" ist entrüstet, aber nur darüber, daß das französische Kapital rüstet, aber nur darüber, daß das man es so dämlich den Braten gerochen hat und daß man es so dämlich angefangen hat. Am liebsten würden die englischen und deutschen genialen Staatsmänner die Sache als erledigt betrachten. Friedensschalmeien können auch einmal ein schlechtes Geschäft sein, wenn der Partner zu friedensliebend ist und aus lauter und lauterer Friedensliebe nichts geändert haben möchte. Lloyd George schimpft deshalb den Briand die Katze, die noch gefährlicher sei als der Tiger Clemenceau, der ihn hereingelegt hat.

Der Sicherheitspakt wird nach mehreren Monaten glücklich zu den Akten gelegt sein. Die frühere Räumung der Rheinlande und der territoriale Zuwachs im Osten, die Ziele dieses Angebots, müssen vorläufig aufgegeben werden. Eins muß man aber konstatieren, daß von Hergt bis Breitscheid volles Verständnis für den Zweck des Angebotes herrscht. „Natur und Vernunft" verlangen diese Lösung, brüllt das demokratische Oberhaupt, Herr Ludwig Haas im „BT."

Das Proletariat kann dieses Manöver der deutschen „pazifistischen" Bourgeoisie sehr kalt lassen. Es zeigt aber, daß sie ihre imperialistischen Pläne noch lange nicht aufgegeben hat und daß daher schärfste Ueberwachung notwendig ist.


Soeben erschienen! Soeben erschienen!

**Proletarier**

Zeitschrift für revol. Klassenkampf

Heft 8 Preis 0,30 Mk.

Aus dem Inhalt: Der Idealismus des Proletariats. — Die Todeskrise des Kapitals. Zur Todeskrise. — Psychologische Betrachtungen. — Der Bauernkrieg des Jahres 1525. Nationale Minderheitsfragen. — Bibliographie.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder direkt von der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Str. 49. Postscheckkto. Berlin 480 29.


## Die Vorläufer der Marx'schen Oekonomie

(Schluß.)

Nach der Theorie von Malthus haben die Menschen, gleich den Pflanzen und Tieren, den natürlichen Trieb zur unbegrenzten Vermehrung. Die Natur wirkt unter normalen Verhältnissen erfahrungsgemäß dahin, daß etwa in 25 Jahren eine Verdoppelung der Bevölkerung eintritt. Mit der Vermehrung der Bevölkerung kann die Vermehrung der Nahrungsmittel nicht gleichen Schritt halten; je höher die Kultur und die Menschenmasse steigen, desto schwieriger wird die entsprechende Vermehrung der Nahrungsmittel. Malthus sucht dieses Verhältnis in Zahlenreihen darzustellen: während die Volkszahl anwachsen will nach derkleine 1, 2, 4, 8, 16, 32 usw. (nach der sogenannten geometrischen Progression), in 200 Jahren würde also die Menge der Lebensmittel zu der Zahl der Bevölkerung sich verhalten wie 9 zu 256, in 300 Jahren wie 13 zu 4096 und so fort. Dieser stets wachsende Unterschied zwischen der Vermehrung der Menschen und der ihrer Nahrungsmittel muß naturgemäß zu Not und Elend führen, wenn nicht — der unvernünftigen Vermehrung der Menschen künstlich Einhalt geboten wird. Mittel dazu sind nach Malthus moralische Hemmungen wie: Ehelosigkeit, physische Vernichtung von Menschenleben durch Krieg, Krankheit und Hungersnot. Der Krieg ist also nach Malthus eine notwendige Einrichtung zur Regulierung der Menschenmenge auf der Erde zu den vorhandenen Lebensmitteln. Malthus verwirft deshalb auch weiter die Armenpflege sowie sonst alle sozialpolitischen Maßnahmen zur Hebung der Lage der unteren Klassen, denn: die „natürliche Auslese" solle nicht durch künstliche Mittel aufgehalten werden. So hat Malthus, von dem behauptet wird, daß er den Armen wohlgesinnt war und ihnen „gute Ratschläge" zu geben meinte, in Wirklichkeit Waffen für die Kapitalisten geschmiedet, ihnen Argumente an die Hand gegeben, mit denen sie ihre Ablehnung, ihren Haß gegen die Arbeiterklasse schon damals begründen konnten. In den späteren Auflagen seines Werkes versuch aber das Bevölkerungsgesetz" hat Malthus seine Ansichten gegenüber den Armen verschiedentlich revidiert, doch bleibt er in seiner letzten Auflage dabei stehen: daß das Prinzip der Unterstützung arbeitsfähiger Armen (wir nennen es heute Arbeitslosenunterstützung) schädlich ist, weil die Armen dadurch „zu leichtsinniger Eheschließung und zu zügellosem Leben angereizt würden." Es mag noch bemerkt sein, daß seit 100 Jahren alle Literatur, die sich mit der Bevölkerungsfrage befaßt, an Malthus und seine Theorie anknüpft.

Verlassen wir Malthus und werfen nun noch einen Blick auf John Stuart Mills, den letzten großen Vertreter der klassischen Schule. Es ist besonders bedeutsam nicht, weil er neue wichtige Gesetze aufgestellt hätte, sondern weil er es gewesen ist, der am Ende der klassischen Schule deren Theorien noch einmal zusammengefaßt hat. Wer in die Lehren der Klassiker tiefer eindringen will, der kann in Mill: „Grundsätze der politischen Oekonomie", eine zusammengefaßte Darstellung der klassischen Schule finden. Aber Mill ist noch in anderer Hinsicht interessant, zumal für uns als Sozialisten: zweifellos ist Mill seinem Wesen nach noch ein Vertreter der bürgerlichen Nationalökonomie, des wirtschaftlichen Liberalismus; aber schon machen sich bei ihm sozialistische Gedanken bemerkbar, mehr gefühlsmäßig unter dem Einfluß der Ideen des französischen Sozialismus, aber doch schon in merklichem Gegensatz zu den überkommenen Anschauungen der klassischen Schule. So stellt Karl Marx im Mill'schen Werk mit Recht einen Widerspruch fest zwischen seinen „altökonomischen", das heißt, der Ideenwelt der Klassiker angehörigen Dogmen und seinen „modernen", das heißt, sozialistischen, arbeiterfreundlichen Tendenzen. Was Mill zur Kritik der gegenwärtigen Ordnung, was er über die Frage der Beschränkung des Erbrechts, der Einschränkung des Grundeigentums usw. sagt, würde das Werk jedes sozialistischen Schriftstellers zieren. Wie weit er dabei in seiner Kritik geht, zeigt z. B. der folgende, im Jahre 1847 geschriebene, Satz:

„Wenn zu wählen wäre zwischen einem Kommunismus mit allen seinen Aussichten und dem gegenwärtigen Gesellschaftszustand mit allen seinen Leiden und Angerechtigkeiten; wenn die Einrichtung des Privateigentums notwendig zur Folge hätte, daß der Arbeitsertrag, wie wir heute sehen, bei nahe im entgegengesetzten Verhältnis zu der Arbeit verteilt würde —, daß nämlich der größte Anteil denen zufällt, die überhaupt niemals gearbeitet, der nächstgröße denen, deren Arbeit fast nur auf dem Papier steht, und so in absteigender Linie, wobei die Vergütung um so mehr abnimmt, je härter und unangenehmer die Arbeit ist, bis schließlich die ermüdendste und anstrengendste körperliche Arbeit überhaupt nicht mehr auf einen selbst für die Lebensbedürfnisse notwendigen Lohn sicher rechnen kann; wenn zwischen diesem Zustand oder dem Kommunismus zu wählen wäre, so würden alle bedeutenden oder unbedeutenden Schwierigkeiten des letzteren nur wie Staub auf der Wage liegen."

Solchem Sätzen stehen nun zwar mindestens ebenso viele gegenüber, die auf eine Verteidigung des Kapitalismus hinauslaufen; aber das prinzipiell Wichtige ist, daß ein seiner Grundeinstellung nach bürgerlicher, liberaler Nationalökonom hier gezwungen war, sich mit den jungen sozialistischen Ideen, mit den Bestrebungen des zur Selbständigkeit erwachenden Proletariats ernsthaft auseinanderzusetzen, ja sie weitgehend anzuerkennen. Hier setzt nun der große Wendepunkt in der Geschichte der modernen Nationalökonomie ein: Der Uebergang von der liberalen Schule der ökonomischen Klassiker zu der der modernen Sozialisten, zum Marxismus. Dieser Uebergang war geschichtlich notwendig, da die herrschende Lehre sich in dem damals beginnenden Klassenkampf zwischen Kapital und Lohnarbeit einseitig auf die Seite des Kapitals gestellt hatte und so das reelle Bedürfnis nach einer ökonomischen Theorie entstand, die aus den Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse heraus entwickelt war. Diese den Bedürfnissen des „vierten Standes" Rechnung tragende Lehre wurde eben der Marxismus. Zwischen beiden Lagern der steht Mill, der kein rein bürgerlicher Oekonom mehr, aber noch kein sozialistischer Oekonom war.

So stellt der Marxismus ein notwendiges Glied in der Kette der nationalökonomischen Lehrsysteme dar; Marx ist der geistige Erbe nicht nur der Utopisten Fourier und Saint-Simon (auf die wir noch zu sprechen kommen), nicht nur der Hegel und Feuerbach, sondern auch der Smith, Ricardo und Mill. Nur wenn wir uns dieser geistesgeschichtlichen Zusammenhänge stets bewußt bleiben, werden wir das Marx'sche System als Ganzes richtig verstehen und würdigen lernen. Nun wollen wir, nachdem wir den Martismus als eine Theorie der allgemeinen sozialen Entwicklung und dann als eine Geschichtsphilosophie kennen gelernt haben, ihn nunmehr als Wirtschaftslage betrachten. Die einzelnen von Marx aufgestellten ökonomischen Gesetze lassen sich dabei umschwer in zwei große Gruppen teilen. Die eine von diesen umfaßt diejenigen Gesetze, welche aus der Beobachtung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems hergeleitet werden, die also zusammen eine rein gedankliche Analyse der kapitalistischen Wirtschaft darstellen. Der deutsche Sozialwissenschaftler Muckle spricht hier, in Anlehnung an den französischen Philosophen Comte, von „statischen Problemen", weil hier ein gegebenes Wirtschaftssystem zunächst als statisch, d. h. in seinem Stillstand, wir wünden sagen: metaphysisch, betrachtet wird. Die andere, gesondert zu erörternde Gruppe von ökonomischen Theorien, hängt diejenigen Gesetze, die auf eine Ableitung der künftigen Entwicklung hinauslaufen; Muckle nennt die hier in Frage kommenden Probleme mit Comte dynamische, weil sie das zum Gegenstande haben, was sich für die Zukunft, aus der Bewegung und Entwicklung der Dinge, möglicherweise ergeben kann. Unter Zugrundelegung dieser Gliederung wollen wir nunmehr die Besprechung der einzelnen ökonomischen Lehren von Karl Marx, den wichtigsten Teil unserer Aufgabe, in Angriff nehmen.

•

Fremdwörter: geometrisch = auf Raumgrößenlehre bezüglich, streng folgerichtig. — Arithmetik = Zahlenlehre, Rechenkunst, arithmetisches Mittel = die Summe mehrerer Größen geteilt durch ihre Anzahl. — Progression = Fortschritt, Zunahme. — physisch = natürlich, körperlich. — Dynamik = Möglichkeit, Kraft, Bewegung (der Gegensatz von Dynamik ist: Statik). — Analyse = Zergliederung, Auflösung in die Bestandteile. — Comte, französischer Philosoph, sprich: Cont. — Phantasie = Vorstellung, Ausmalung unwirklicher Zustände.

## Um die nationalen Kleinbürger
### Die KPD. erweitert ihre Klassenfront

Die Umstellung der nationalen Politik nach der Wahl Hindenburgs hat zu einer Krise in den nationalistischen Organisationen geführt. Die alte extreme Politik des deutschen Nationalismus, der Kampf gegen die Erfüllung des Versailler Vertrages wurde durch den Einzug in die demokratische Republik, gegen die Erfüllungspolitik eingetauscht. Dem politischen Charakter der Großindustrie wurde Rechnung getragen, nicht die Nation, sondern der Aufbau des deutschen Großkapitals wurde in den Vordergrund gerückt.

Die Wahl Hindenburgs vollzog sich jedoch unter der rein nationalistischen Ideologie, d. h. gegen den Versailler Vertrag, im Interesse der kleinbürgerlichen Kreise für den Wiederaufbau der uneingeschränkten guten alten Zeit nach dem Muster des wilhelminischen Regime.

Mit der Beseitigung der demokratischen Erfüllungspolitik und dem Versailler Vertrag versprachen die Nationalisten den Kleinbürgern Rechnung zu tragen und durch Beseitigung der Staatsschulden all die verlorenen kleinen Kapitalien und Renten der Mittelschichten aufzuwerten.

Die Praxis unter dem Hindenburg-Regime hat etwas anderes bewiesen. Das, was der Politiker des Stinnes-Konzerns, Lensch, zur Präsidentenwahl in der „D. A. Z." schrieb, die Beseitigung des nationalen Extrems, die Einstellung auf die wirtschaftliche Wirklichkeit, für Republik und Erfüllung, hat sich vollzogen.

Die Proletariat kann dieses Manöver der deutschen „pazifistischen" Bourgeoisie sehr kalt lassen. Es zeigt aber, daß sie ihre imperialistischen Pläne noch lange nicht aufgegeben hat und daß daher schärfste Ueberwachung notwendig ist.

## Politische Rundschau
### Englisch-Russischer Konflikt

London, 29. Juni. (WTB.) Der Staatssekretär für Indien, Lord Birkenhead, sagte in einer Rede in Loughborough, als er über die „furchtbare Seuche des Bolschewismus" sprach, vor einigen Tagen habe Chamberlain im Unterhaus die wichtige Erklärung abgegeben, daß die Unruhen in China durch Agenten eines anderen Landes genährt würden. Eine solche Aeußerung aus dem Munde des Staatssekretärs könne nicht außer Acht gelassen werden. Zweifellos werde eine Zeit kommen, wo sich die Engländer zu fragen hätten, ob sie wirklich hilflos einem Lande gegenüberstünden, das eine diplomatische Vertretung in London besitze, und das dessen ungeachtet nach dem Gebiete ständig seiner eigenen Führer in der ganzen Welt durch eine unermüdliche geheime Tätigkeit das Ziel der Zerstörung des britischen Reiches verfolge. — Diese Aeußerung Birkenheads ist besonders bemerkenswert, da hier zum erstenmal ein Kabinettsmitglied ähnliche Gedankengänge ausspricht, wie sie seit einigen Tagen von der „Times" und dem „Daily Telegraph" hinsichtlich der Londoner diplomatischen Vertretung Sowjetrußlands vorgebracht werden.

Wie aus dieser Meldung hervorgeht, ist die Einstellung Rußlands in China für England zum Konflikstoff geworden. England sieht in der russischen Politik eine Gefahr für seine kolonialpolitischen Bestrebungen im Osten und in Indien. Dieser Konflikstoff führt immer schneller zu den imperialistischen Gegensätzen im Osten und Westen. Die diplomatischen Beziehungen der beiden Staaten stehen vor dem Abbruch.

## Das Ende der Holzarbeiter-Aussperrung

Nach den Meinungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist die Holzarbeiterbewegung mit einem Siege für die Arbeiter zu Ende gegangen. Sie hat im Allgemeinen eine Lohnerhöhung von 9 v. H. gebracht. Die Unternehmer haben demnach einer mehrwöchigen Aussperrung keine Schwierigkeiten mehr bereitet. Dies wird als ein Sieg der Arbeiter betrachtet. Wie sieht der Sieg aus? Der errungene Durchschnittslohn beträgt 90 Pfennig die Stück für Stück ist die Aussperrung abgebrochen worden, so daß von einem einheitlichen Ende keine Rede sein kann. Bei den einzelnen Wiederaufnehmen der Arbeit ist zum großen Teil eine Mehrarbeit durchgeführt, so daß der scheinbare Sieg durch eine entsprechende Ausbeutung wieder ausgeglichen wird. Dies sehen die Proletarier aber nicht.

Die Gewerkschaften jubeln von Sieg und die Arbeiter lassen sich irreführen. Wann werden sie den wahren Sieg begreifen?

## Für die Entente oder für China?

In diesem Sinne ruft die KPD. die Proletarier auf die politische Bühne. Oder wie sie noch sagt: China den Chinesen. Versammlung und Kundgebungen werden einberufen. Demonstrationen werden gemacht und radikal klingende Resolutionen werden angenommen. So wird mit den eben angeführten Parolen in den Köpfen der Arbeiter eine allen proletarischen Klasseninteressen widersprechende Ideologie geschaffen. Die Massen, im Banne dieser wohlklingenden Parolen, wissen nicht, was dieselben besagen. Sie kommen ja aus dem heiligen Rußland und werden als unumstößlich richtig aufgenommen. Ruth Fischer oder irgend eine andere Kanone der Moskausektion hat bei diesem ganzen Rummel das nötige Tantam zu machen.

**Was besagen diese Parolen in Wirklichkeit?**

Hat das deutsche Proletariat als Teil des Weltproletariats ein Interesse für die Entente oder für China? Ebenso verkehrt wie es für das deutsche Proletariat ist, die Interessen des Deutschen Staates gegen die Ausbeutung durch die Entente zu vertreten, so falsch ist es, das Interesse des chinesischen Staates gegenüber der Entente zu unterstützen. Doch wenn schon die nationale Frage, die bei diesen Erscheinungen in den Vordergrund tritt, nicht im Interesse des internationalen Klassenkampfes liegt, so sind dies nicht die Hauptmotive, die den gegenübergestellten Bedingungen zu Grunde liegen.

Notwendig ist, den politischen Charakter beider Fragen zu untersuchen. Erst dann wird man sehen, welche Stellung das internationale Proletariat dazu einzunehmen hat.

Wir wissen, die Entente ist eine großimperialistische Staatengruppe, die im Interesse des Kapitalismus um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt ringt. Das internationale Proletariat wird nie das Interesse dieser kapitalistischen imperialistischen Konzentration, wie überhaupt das irgend eines kapitalistischen Staates vertreten können, ganz gleich in welchen Fragen. Das Proletariat ist im Kapitalismus nur Mittel zum Zweck. Es führt darum den internationalen Klassenkampf zur Beseitigung des Kapitalismus um die kommunistische internationale Gesellschaftsordnung.

**Wie steht es mit der Frage Chinas und mit der Parole: „China den Chinesen?"** Die KPD. greift in den chinesischen Nationalkampf ein und verlangt. China den Chinesen. Diese Parole ist gleichbedeutend der: Rußland den Russen. — Deutschland den Deutschen, Frankreich den Franzosen usw. Sie wird zur reinen Nationalfrage, zur Rassenfrage. Als solche entspricht sie garnicht den Weltverhältnissen, in denen Handel und Weltverkehr längst den nationalen Trennungsstrich nicht mehr wieder finden lassen. Und wenn die Chinesen die nationale Abgrenzung fordern, entspricht das nicht den internationalen Grundsätzen des Proletariats, das die Grenzpfähle niederreißen will und muß.

Betrachten wir uns einmal den Charakter der chinesischen Bewegung näher, um die Einstellung des Weltproletariats dazu festzustellen. China hat zum größten Teil rein kleinbäuerliche Verhältnisse. Die vorhandene Industrie ist zum großen Prozentsatz in den Händen fremder Kapitalisten. Das europäische Großkapital hat China lange vor dem Kriege in den Kreis seiner Kolonialpolitik hineingezogen. Wir wissen, daß der Weltkrieg der industriellen Entwicklung Chinas großen Vorschub geleistet hat. Die ehemalige religiöse Abschnürung Chinas von Industrie und Welthandel ist längst gebrochen, heute ist es zu einem Hauptfaktor des Welthandels, zu einem Reitungsanker des Weltimperialismus geworden. Diese wirtschaftliche Entwicklung hat zu einem großen gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß geführt. Das große Millionenreich geht seiner Kapitalisierung und damit die große Masse des Volkes der modernen Proletarisierung entgegen.

**Die Kämpfe**, die sich entwickelt haben, stehen im Zeichen dieses großen Umwälzungsprozesses. Sie tragen nicht rein proletarischen Charakter, sondern an ihnen sind große Schichten der chinesischen bürgerlichen Klasse beteiligt. Zwei Teile mit ganz verschiedenen Klassenzielen und Klasseninteressen gehen ein Kompromiß in einer ganz bestimmten, politischen Orientierung ein.

Hierbei tragt sich, in welchem Interesse der beiden Klassen der politische Charakter des Kampfes liegt. Die KPD. als Sektion der Moskauer Internationale gibt ihn in ihren Parolen, „China den Chinesen" und „gegen die Entente" wieder. Die chinesischen Proletarier führen den Kampf gegen die umgeheuere Versklavung durch das Kapital. Diesen Kampf führen sie jedoch unter den nationalen Illusionen der mit ihnen kämpfenden Bourgeoisie. Diese Bourgeoisie, die in den Studenten verkörpert ist, kämpft nicht um die Interessen der Arbeiterklassen, sondern um die ihr eigenen nationalen Klasseninteressen gegen die Entente. Dem Proletariat kann es ganz gleich sein, ob es unter französischer, englischer oder chinesischer Kapitalsherrschaft ausgebeutet wird an seiner Rolle in der Lohnsklaverei ändert sich nichts. Der chinesischen Bourgeoisie ist es jedoch nicht gleich, ob das Ententekapital in China jede selbständige Industrie unterdrückt. Die kämpfenden Studenten ringen um die selbständige Existenz der chinesischen Bourgeoisie. Für sie gilt der Kampf: „China den Chinesen." Sie mißbrauchen hierbei die kämpfenden Proletarier in ihrem Klasseninteresse.

Wenn die KPD. die Parole, China den Chinesen, aufrollt, so vertritt sie damit nicht die Klasseninteressen des chinesischen Proletariats, sondern die der um ihre Selbständigkeit ringende Bourgeoisie. Die Befreiung des chinesischen Proletariats ist nicht das Ergebnis der nationalen Unabhängigkeit und eigenen Machtentfaltung gegenüber der Entente, sondern der Beseitigung des Kapitalismus überhaupt, und der Einführung der kommunistischen Bedarfswirtschaft. Dieser Kampf vollzieht sich nicht im Rahmen irgend einer Nation, sondern als internationaler Klassenkampf. Die Frage des deutschen Proletariats geht nicht „für die Entente oder für China", sondern gegen das deutsche Kapital, gegen den gesamten imperialismus der Welt.

Dem illusionären Kampf der KPD. gebührt schwerster Kampf.

## Die Genossenschaften als Kampfmittel gegen die Zölle

Die Konsumgenossenschaften, vielleicht auch die Produktivgenossenschaften, die von jeher für die Sozialdemokratie als Rettungsanker vor dem Kapitalismus angesehen wurden, sollen nun ihre Rolle gegenüber der kapitalistischen Zollwirtschaft versuchen. So spricht sich jedenfalls die KPD. in ihrer „aktiven" Politik zur Zollfrage aus. Sie versucht ihren Interessenkreisen begreiflich zu machen, daß die Durchführung der Zollwirtschaft von der Politik der Konsumgenossenschaft abhängt. Eine schöne Sache, die man da wieder zur Niederringung des Kapitalismus entdeckt hat. Leider schon sehr alt, denn die Sozialdemokratie versucht schon Jahr und Tag, seit dem Bestehen der Genossenschaften auf diesem Wege eine Unabhängigkeit von gesamten Kapitalismus zu erzielen. Das Ergebnis dieser jahrelangen Erfahrung der Konsumgenossenschaften mit ihren 12 Millionen Mitgliedern als Konsumenten ist, daß die auf dem 22. Genossenschaftstag versammelten Genossenschaftsinhaber eine „Protestresolution" gegen die Zölle an die Reichsregierung annahmen, im übrigen aber die Tatsachen sein ließen, denen man machtlos gegenübersteht. Die Genossenschaften sind eine ausgezeichnete Versorgungsanstalt für ausgeschiedene Gewerkschafts- und Parteibonzen und deren Anhang, die Ernährungsquelle der Arbeiterbonzen ist weiter aber auch nichts. Und diese lieben gut eingeniisteten Spießbürger regen sich garnicht darüber auf, wenn von der KPD. im Interesse der Verdummung der Proletarier eine neue Illusion in die Welt gesetzt wird. Wenn sich die KPD. auch über die Passivität der Konsumgenossenschaften ein wenig aufregt. Wenn auch die „Rote Fahne" am Montag, den 29. Juni fragt: **„Was tun aber die Arbeiter-Konsumvereine mit zwölf Millionen Konsumenten" gegen die Einführung der Schutzzollvorlage in wenigen Tagen soll im Reichstag die Schutzzollvorlage durchgepeitscht sein; zur Abwehr ist also nur noch äußerst wenig Zeit."**

Nicht für die Vertreter der Genossenschaftsbürokratie ist diese Anfrage gemünzt, sondern für die dummen Proletariermassen, die man für den Reformismus reif machen will. An einer Stelle muß man seine reformistische Zollpolitik schon praktisch anbringen wollen. Von der Genossenschaftsbürokratie weiß die KPD. ganz gut, daß sie nie den Willen und den Versuch aufbringen werden, sich mit ihrer Praxis gegen die Zollwirtschaft lächerlich zu machen. Der geringste Versuch würde eine Bankerotterklärung der reformistischen Genossenschaftspolitik bedeuten. Im übrigen zielt die Illusionspolitik der K.P.-Schreier nur darauf hin, wie im Parlament, so auch in den Gewerkschaften und den Genossenschaften mitzuspielen.

Wer das kapitalistische Wirtschaftssystem kennt, weiß ganz genau, was die Konsumgenossenschaften mit ihren 12 Millionen Konsumenten in ihm für eine Rolle spielen. Die Praxis hat bewiesen, daß es keine selbständige Handlung der Genossenschaft gibt. Ihre Existenz oder ihr Untergang hängt vom Willen des Großkapitals ab. Ein gutes Beispiel hat Wien gezeigt, wo die best ausgebaute Produktiv- und Konsumgenossenschaft in die Hände des österreichischen Großkapitals überging. Die Genossenschaften sind ebenso kapitalistische Konsumtionsapparate wie jede andere Warenverkaufsstelle. Sie muß sich dem Innenmarkt in jeder Beziehung unterordnen, wenn sie nicht boykottiert werden will. Von einem Boykott der Konsumgenossenschaft, selbst mit ihren 12 Millionen Mitgliedern, dem Staat gegenüber, kann keine Rede sein. Was die Genossenschaften sonst für eine Macht im kapitalistischen Staate darstellen, bleibt jedem unbegreiflich.

Die KPD. jedoch verkauft die Proletarier so dumm wie irgend möglich.

Die Zollpolitik ist eine Existenzfrage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Als solche wird sie zur Machtfrage der Arbeiterklasse, die nur im Machtkampf zu lösen ist. Die KPD. weiß das, weil sie aber im Parlamentarismus parlamentarische Politik treiben muß, ist sie gezwungen, alle auftauchenden Fragen in einen entsprechenden Rahmen zu bringen. Die Masse verlangt von ihren parlamentarischen Parteien in allen Fragen Illusionen. Der Rahmen, in den die Zollwirtschaft paßt, ist für sie die Konsumgenossenschaft, die mit ihren Illusionen den Massen am nächsten liegt. Diesen Betrug nennt die KPD. aktive Politik.

Es ist der Zug, der die reaktionäre Gedankenlosigkeit der Massen fördert, die jeden klaren Klassenkampfgedanken unterbindet. So wird die Masse in ihrem Stumpfsinn in Illusionen von ihrer eigenen Befreiung im Kampf mit dem kapitalistischen System abgehalten. Statt die Revolution zu entfachen, glaubt man an jene Helden im Parlament oder an die reformistischen staatserhaltenden Organisationen, daß sie die Zollwirtschaft beseitigen werden.

## Sortierung der Lohnsklaven
### Ein Arbeitspflicht-Gesetz

Das Kapital braucht zu seiner Ausbeutung unbedingt gute und billige Sklaven. Da in der Mitteldeutschen Kalindustrie auf Grund der Ausbeutung diese Kräfte fehlen und auch nicht willig zu bekommen sind, muß die Regierung Gewaltmaßnahmen ergreifen. Kapital und Regierung arbeiten Hand in Hand wo die Proletarier sich weigern zu arbeiten, die Arbeitspflicht einzuführen. Im nachfolgenden Artikel des „Vorwärts" vom Montag, den 29. Juni, liefert uns die Thüringer Regierung den besten Beweis der modernen Sklaverei.

„In der Vermittlung von Arbeitskräften an die Kaliindustrie haben die Arbeitsnachweise vollständig versagt. Das Landesamt für Arbeitsvermittlung muß deshalb dazu übergehen, ausländische Arbeiter zu vermitteln, um den Bedarf der Kaliindustrie an Arbeitskräften zu decken. Es geht jedoch nicht an, daß die Gelder der Erwerbslosenfürsorge weiter an Erwerbslose in Unterstützungen gezahlt werden, die sich weigern, in der Kali-Industrie in Arbeit zu treten. Es wird deshalb verfügt: Alle Erwerbslosen sind sofort durch die Kreisärzte zu untersuchen. Allen Erwerbslosen, die durch kreisärztliche Untersuchung für tauglich zur Arbeit in der Kali-Industrie befunden werden und sich weigern, sich der zugewiesenen Arbeitsstelle zur Verfügung zu stellen, ist die Erwerbslosen-Unterstützung zu entziehen. Die Arbeitswilligen sind an den Arbeitsnachweis Vacha zu überweisen.

gez. Dr. Sattler."

Auf Grund dieser Verordnung werden von den Kreisarbeitsnachweisen Thüringens nun folgende Oestellungsbefehle verschickt:

Zustellung.

. . . . . den 15. Juni 1925.

Laut Verfügung des Thüringischen Ministeriums für Inneres und Wirtschaft vom 9. Juni 1925 haben Sie sich am . . . . im Kreisarbeitsnachweis hier zwecks Festsetzung ihrer Arbeitsfähigkeit zur ärztlichen Untersuchung einzufinden. Zu dieser Untersuchung haben Sie pünktlich und mit reingewaschenem Körper zu erscheinen.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Weitergewährung ihrer Unterstützung von der ärztlichen Untersuchung abhängig ist. (Zustellung mitbringen.)

An Herrn . . . . . Der Kreisarbeitsnachweis.

gez. . . . . .

Vorsitzender.

Die Arbeitsfähigen die müssen — und die Unfähigen und Unwilligen werden auf den Friedhof befördert.

Soweit im Staat der SPD.!

## Klassenjustiz

Während Proletarier bei der geringsten Kleinigkeit zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt werden, Todesurteile gegen die Revolutionäre an der Tagesordnung sind, werden die Vergehen der Bourgeoisie in jeder Beziehung von der Justiz geschützt. Es kann uns diese Tatsache nicht wundern, denn wir wissen, daß die Bourgeoisie sich mit allen Mitteln der Brutalität gegen die Arbeiterklasse vor ihrem Untergange schützt, während sie die eigene Reaktionsjustiz unterstützt. Es ist darum jedem revolutionären Proletarier begreiflich, daß die deutsche Justiz **die Angeklagten im Rathenauprozeß** vom ihrer Schuld freisprecht.

Der Staatsgerichtshof in Leipzig fällte folgendes Urteil:

**Küchenmeister wird freigesprochen.**

**Brandt wird von der Anklage auf Beihilfe zum Mord freigesprochen und lediglich wegen Vergehens gegen § 139 des Strafgesetzbuches (Unterlassung einer Anzeige) zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, wovon 1 Jahr bereits als verbüßt gilt.**

Das Proletariat hat daraus zu erkennen, daß diese Klasse nie aus Gerechtigkeitsempfinden gegenüber der Arbeiterklasse zurückkritt. Nur im rücksichtslosesten Kampf wird das Proletariat seinen Sieg behaupten können. Humanität ist Selbstmord.

## Ein neuer Hochverratsprozeß

Leipzig, 29

## Konflikt zwischen Bulgarien und Serbien

Der bulgarische Militärterror hat einen Konflikt zwischen Bulgarien und Serbien heraufbeschworen. Die bulgarische Regierung hat bei den großen Massenverhaftungen u. a. auch sieben serbische Staatsangehörige verhaftet. Die Verhaftungen sollen darauf zurückzuführen sein, daß diese Serben kommunistische Parteimitglieder bei sich beherbergten. Während man die Kommunisten wieder auf freien Fuß setzte, behielt man die Serben in Haft. Erst auf Drängen der serbischen Regierung sind fünf der Verhafteten entlassen worden, während zwei als unauffindbar gemeldet wurden. Jetzt ist einer von ihnen als Interniert aufgefunden, der andere jedoch wahrscheinlich zu den getöteten zu zählen.

Daraufhin hat die serbische Regierung nach dem Verbleib seiner Staatsangehörigen eine dringende Anfrage gestellt und gegen Bulgarien die Grenze gesperrt.

Die imperialistischen Differenzen auf dem Balkan treten hierdurch wieder in den Vordergrund. Es handelt sich hierbei nicht um eine Schutzmaßnahme für die kommunistischen Verfolgten, denn die jugoslawische Regierung ist nicht weniger reaktionär und wird als solche nicht für den Kommunismus eintreten. Wir haben aber auf der Tagung der kleinen Entente schon gesehen, daß Jugoslavien, d. h. Serbien mit allen Mitteln gegen eine Vergrößerung des bulgarischen Heeres eintrat. Es sind die alten Gegensätze zwischen den Balkanstaaten, die durch den Ausgang des Krieges noch verschärft wurden und hierin wieder zum Vorschein kommen.

## Die Verelendungstheorie

Der ständige Wechsel der Parolen und Schlagworte, sowie das schwarzmalen der proletarischen Revolution ist den parlamentarischen Parteien und den Gewerkschaften zur Notwendigkeit geworden, um ihrer Existenz willen. Ein sehr gangbares Schlagwort der Sozialdemokraten war die „Verelendungstheorie". Ueberall wo revolutionäre Proletarier für die proletarische Revolution eintraten, waren es die Gewerkschaften und Sozialdemokraten, die den revolutionären Klassenkampf, der zur Revolution führt, als eine „Verelendungstheorie" bezeichneten. Die Gewerkschaften und die SPD. erzählen heute allerdings nichts mehr von der „Verelendungstheorie", diese Platte ist abgelaufen, doch stehen sie heute genau so wie früher auf dem, Standpunkt des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus durch eine Stimmzettelschlacht.

Wir sehen täglich, daß die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse sich nicht bessern, sondern immer zerrütteter werden. Die Verhältnisse der proletarischen Klasse gesunden ebenfalls nicht und das Proletariat wird immer tiefer in die Verelendung hinab gestoßen. Die Verelendung ist also eine feste Tatsache, die kein Proletarier bestreiten kann, da er sie am eigenen Leibe verspürt. Wie alle Dinge und Ereignisse eine Ursache haben müssen, so auch die Verelendung der Arbeiterklasse. Wenn wir die Ursachen des Verelendungsprozesses der Arbeiterklasse suchen, so müssen wir es theoretisch begründen können, was die Triebkräfte desselben sind. Die Verelendung des Proletariats muß eine theoretische Grundlage haben, bezeichnen wir sie ruhig einmal mit dem SPD.-Schlagwort, der „Verelendungstheorie". Es wirft sich jetzt die Frage auf, wer die Ursachen schafft für die Verelendung des Proletariats. Ist sie hervorgerufen und erzeugt durch die „Verelendungstheorie" der revolutionären Proletarier, wie die Sozialdemokraten einst unermüdlich behaupteten oder hat sie ihren Grund in der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Seit 1914 steigern sich die kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse in ihrem Krisenzustande. Wohl ist der Zusammenbruch der Profitwirtschaft kein mechanischer Akt, doch führt die Kurvenlinie der kapitalistischen Produktionsweise rapide abwärts. Trotz der größten Anstrengungen der besitzenden Klasse, ihr Wirtschaftssystem aufrecht zuerhalten und die schadhaften Stellen desselben auszubessern, bricht es immer mehr durch seine eigenen Widersprüche zusammen. Da die Triebkräfte und die Ursache zum kapitalistischen produzieren, nicht die Bedürfnisse der Menschen sind und um Profit zu mehren nur die besitzende Klasse produziert, deshalb fragt auch die herrschende Klasse nicht danach, daß durch ihr System die besitzlose Klasse der Verelendung preisgegeben ist. Das Kapital braucht, um zu leben, Absatz für seine Produkte, das Proletariat scheidet jedoch immer mehr als Konsument aus. Ohne Absatzmärkte kann die Profitwirtschaft nicht leben, daher der Verzweiflungskampf der kapitalistischen Gruppen um den Absatz. International gesehen sind keine neuen Absatzmärkte mehr in Angriff zu nehmen und dort, wo noch kleine Voraussetzungen dafür vorhanden sind, tobt unerbittlich der Kampf darum, wie in China und Marokko. Trotz der technischen Errungenschaften, die die kapitalistische Gesellschaft zu verzeichnen hat, können sie sich nie in der bestehenden Lohnsklaverei für die Arbeiterklasse auswirken und ihr nützen. Abbau und Einschränkung der Produktion und Konsumtion sehen wir überall. Wenn heute große Konzerne ihren Zusammenbruch anmelden müssen, wie der Stinneskonzern, so ist das wahrlich kein Zeichen von der Sanierung des Kapitals. Was nützt gegen diese Tatsachen das sozialdemokratische und gewerkschaftliche Jammergeschrei; das Kapital möge Vernunft annehmen oder wir sie noch beleben sich aussudrücken, die Unternehmer sollen sich nicht nur von ihrem Scharfsichterstandpunkt leiten lassen. Die ganzen Hauslehren der Sozialdemokraten sind weiter nichts als kindisches Geschwätz. Die besitzende Klasse kennt in ihrem Existenzkampf keine Humanität, noch weniger läßt sie sich von pazifistischen Gefühlen leiten. Die Vernunft des Kapitals heißt rücksichtsloseste Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Je länger das Proletariat die bestehende Lohnsklaverei erträgt, umso mehr wird es als Klasse verelenden. Die Gewerkschaften und SPD., sowie die KPD. reden der Arbeiterklasse ständig ein, daß sie, um die Verbesserungen der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse kämpfen. Wo ist nun der Friedensreallohn und der Achtstundentag? Die SPD. und Gewerkschaften behaupten, daß die Lebensverhältnisse des Proletariats noch nicht gehoben sind, liegt am Proletariat selbst, da es noch nicht gemäßigend in den Gewerkschaften organisiert ist. Eine sehr einfache Lösung, die in jeder Gewerkschaftszeitung zu finden ist. Wir stellen jedoch fest, daß es noch nicht nur an dem Willen des Proletariats liegt, daß es noch keine wirtschaftlichen Fortschritte erzielt hat. Ununterbrochen kämpfen die Proletarier nach der rein wirtschaftlichen Kampfmethode der Gewerkschaften und es hat wirklich nicht an Willen und Begeisterung gefehlt. Das Proletariat hat mehr als zuviel Kraft für gewerkschaftliche „Kämpfe" an Energie angewandt und trotzdem war sie eine verpuffte Kraft, die nicht seinen Zweck erfüllte. Noch heute jagt ein Lohnstreik den andern, wir sehen so eine ganze Kette von Lohnkämpfen. Was die wirklichen Ursachen der ständigen Niederlagen der Arbeiterklasse sind, verheimlichen bewußt die Gewerkschaften und SPD., sogar zum Teil die KPD. der Arbeiterklasse. Das Verbrechen am Proletariat, das die SPD. und Gewerkschaften täglich begehen, besteht in der Hauptsache darin, daß man bewußt dem Proletariat vorlügt, es könne noch innerhalb der bestehenden Profitwirtschaft seine Klassenlage verbessern. Ob überhaupt heute noch in der kapitalistischen Wirtschaft eine Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse gegeben ist, untersucht man nicht von den Sozialdemokraten, da sie sonst ihren Bankerott eingestehen müßten. Das Verschweigen der wirklichen herrschenden zerrütteten Verhältnisse, ist geboren aus der Verwachsenheit der Gewerkschaften und SPD. mit dem bestehenden kapitalistischen System. Da sie sich heute in den kapitalistischen Institutionen eingelebt haben und mit die treuesten Stützen des Kapitals in seiner Verlassung sind, können sie auf der anderen Seite nicht das Lohnsystem des Kapitals bekämpfen. Die Taktik der Gewerkschaften und der SPD. hat den Untergang und die vorläufige Degenierung der Arbeiterklasse zur Folge, da sie nicht die Lohnklaverei vernichten wollen, sondern „sanieren". Wie die „Sanierung" der kapitalistischen Gesellschaft der Arbeiterklasse gegenüber sich auswirkt, merkt und sieht jeder Proletarier heute selbst. Die parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften haben das Proletariat zur Passivität erzogen. Verharrt es in derselben weiter, so ist es seinen Ausbeutern, dem Kapital mit seinen Zutreibern, willenlos ausgeliefert.

Die Taktik der Gewerkschaften und SPD., die sie stets als eine sozialistische anpreisen, entpuppt sich in der Tat als eine Verelendungstaktik, die das Proletariat unter den Trümmern der Lohnsklaverei begräbt. Bei dieser Gelegenheit muß festgestellt werden, daß auch die KPD. mit an der heutigen passiven Einstellung des Proletariats beiträgt. Die KPD. propagiert ständig die gewerkschaftliche Taktik um rein wirtschaftliche „Kämpfe" und steigert sie sogar durch ihre illusionistische Forderungen. Der „Kampf" der KPD. um den Friedensreallohn ist ein Reformkampf, der nicht die geringsten Voraussetzungen im heutigen Chaos des Kapitals hat. Die heutige KPD.-Führung kann weiter nichts als die alten Brandlerparolen neu aufwärmen. Eine von diesen bietet man jetzt täglich wieder feil, nämlich die Kontrolle der Produktion. Die „Rote Fahne" vom 17. Juni schreibt darüber folgendes:

„An Stelle der Zerrüttung der Wirtschaft im Dawes-Deutschland des Großkapitals muß die Kontrolle der Wirtschaft durch die Werktätigen treten; an Stelle der Wucherzölle das Außenhandelsmonopol in der Hand des arbeitenden Volkes."

Diese Töne, die einst die „Rechte" KPD. anschlug, schlägt heute die „Linke" an. Solange das Proletariat unterdrückte Klasse ist, kann es nie eine Kontrolle über die Profitwirtschaft führen und angenommen, das Proletariat könnte es, so würde die Kontrolle nichts an den kapitalistischen Verhältnissen ändern. Der Kommunismus setzt eben den gewaltsamen Sturz der bestehenden Ausbeuterwirtschaft voraus. Derjenige, der glaubt, wie die Gewerkschaften und SPD., diesen revolutionären Kampf um den Kommunismus, durch reformistische Phrasen zu umgehen, dient der Konterrevolution. Die KPD. versucht ständig sich für beide Extreme zu entscheiden. In der einen Hand führt sie die Sozialreform und in der anderen die Revolution. Daß der revolutionäre Kampf bei dieser Doppelzüngigkeit unterliegen muß, braucht nicht erst erörtert zu werden. Die KPD. ist reformistisch, nur unterscheidet sie sich von der SPD. dadurch, daß sie es versteht, ihr Gesicht in ein revolutionäres Mäntelchen zu hüllen. Die Folgen der KPD.-Politik wirken auf das Proletariat genau so verherend, wie die sozialdemokratische Politik, nur in versteckter Form. Was die Parole der KPD., „hinein in die Gewerkschaften", in den Betrieben für einen „Erfolg" hat, sehen wir. Toter wie jetzt waren die Betriebe nie, dank der Zutreiberdienste, die die KPD. den Gewerkschaften leistet. Das Proletariat muß sich nicht nur von den Gewerkschaften loslösen, sondern auch von der opportunistischen Taktik der KPD., sowie der III. Internationale.

Das Proletariat mag einmal selbst untersuchen, auf welcher Seite die Verelendungstheorie zu suchen ist. Bei den parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften, die durch ihre Einstellung die Lohnsklaverei verlängern oder bei der KAPD. und AAU., die alle Brücken mit dem Kapital gebrochen haben. Die Arbeiterklasse muß sich aufraffen aus dem reformistischen Sumpf, trotz der Hindernisse, die durch die Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien im Wege stehen. Mag der revolutionäre Befreiungskampf auch noch so schwer und dornenvoll sein, es gibt keinen anderen Weg aus der modernen Barbarei als diesen, der unweigerlich zum Untergang der proletarischen Klasse im kapitalistischen Chaos bedeute oder proletarische Revolution.

## Wirtschaft

### Export-Frühling

**Der deutsche Außenhandel im Mai.**

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Strudel des Zusammenbruchs. Die Zusammenbrüche im letzten Jahre konnte eine gewisse Presse, die eine „Gesundung" um jeden Preis zu konstruieren versucht, zu einem Teile immerhin noch als Kriegs- und Inflationsunternehmen abtun. Die Stinnes, Krupp, Reichsbahn, die diversen großen Montan-Werke und kleineren Konzerne, die in diesen Tagen stark wackeln, die Kohlenzechen und Hüttenwerke, der Rattenkönig zusammenbrechender Großhandelsfirmen der Textil- und Getreidebranche, kann man gewiß nicht als „kleine Schieber" abtun. Auf allen Gebieten brechen uralte und führende Großunternehmen zusammen. Es ist tatsächlich die Krise der Gesundung hereingebrochen.

Im Strudel dieses krachenden Baues ist von der bürgerlichen Presse ein „Export-Frühling" entdeckt. Die Ursache wird in dem langsam abnehmenden Defizit in der deutschen Außenhandelsbilanz gesehen. Im Mai ist der Einfuhrüberschuß (d. h. das Defizit des Außenhandels) um 57,7 Millionen Mark gesunken. Die Einfuhr betrug im April 1080,9 Millionen Mark. Im Mai (sozar) 1084,0 Millionen Mark. Die Ausfuhr steigerte sich von 672,4 Millionen Mark im April, auf 732,2 Millionen Mark im Mai. d. h. um 59,8 Millionen Mark. Aber auch die Einfuhr steigerte sich um eine Kleinigkeit (von 1080,9 auf 1084,0, d. h. um 3,1 Millionen Mark). Das Einfuhrplus (von 3,1 Millionen Mark) von der Ausfuhr abgerundet, ergibt das Sinken des Defizits um 56,7 Millionen Mark.

Daß bei sinkender Kaufkraft die Einfuhr noch steigen konnte, wenn auch um die geringfügige Kleinigkeit von 3,1 Millionen Mark, ist gewiß kein Zeichen wirtschaftlichen Aufstieges. Denn um diesen, resp. die Kaufkraftsenkung infolge steigender Preise und Lohnausfall infolge Betriebsstillegungen ausmachenden Betrag, konnte die deutsche Industrie weniger absetzen.

Auch die minimale Ausfuhrsteigerung um knapp 57 Millionen Mark ist kein Zeichen einer Aufwärtsentwicklung der deutschen Industrie. Die Ausfuhrsteigerung wurde erzielt durch den Absatz nach dem Ausland um jeden Preis infolge der brennenden Geldnot um Betriebskapital hereinzubekommen. Eine aus nur oberflächliche Analyse der Handelsbilanz selbst zeigt sofort die Richtigkeit unserer Behauptung. Sie zeigt sogar eine weitere Zerrüttung der deutschen Wirtschaft.

Bei der Einfuhr ist ein **Rückgang der Rohstoffe** um 21 Millionen Mark zu verzeichnen; das bedeutet eine weitere Stagnation der Produktion. Dagegen ist die Einfuhr fertiger Waren um 7 Millionen Mark gestiegen; das bedeutet ein Verdrängen der deutschen Industrie vom deutschen Markt.

Die Ausfuhr zeigt wieder dasselbe. Es wurden für 24 Millionen Mark Rohstoffe (also eingeführte Waren!) wieder ausgeführt. Zum mindesten aber ist das der Ursache heraus gekommen. Mindestens aber ist das aus der Ursache heraus geschehen, die wir oben generell als Grund der Ausfuhrsteigerung angaben: die aus der Stagnation entsprungene Geldnot. Die Steigerung der Fertigwaren endlich, auf die wir dieses Urteil anwenden, beträgt 38 Millionen Mark.

Die Entwicklungstendenz der deutschen Handelsbilanz zeigt nachfolgende Tabelle:

| Monat: | Einfuhr in Millionen Goldmark. | Ausfuhr | Einfuhrüberschuß |
|---|---|---|---|
| Monatsdurch. 1913 | 933,84 | 849,88 | —83,96 |
| Monatsdurch. 1923 | 506,78 | 506,69 | — 0,18 |
| Januar 1925 | 1372,1 | 697,4 | 674,1 |
| Februar 1925 | 1124,7 | 631,4 | 493,3 |
| März 1925 | 1110,7 | 711,7 | 399,0 |
| April 1925 | 1080,9 | 672,4 | 408,5 |
| Mai 1925 | 1084,0 | 732,2 | 351,8 |

Obwohl der Einfuhrüberschuß seit Januar dieses Jahres um fast die Hälfte gesunken ist, ist er immer noch mehr als 4 mal so hoch als im Jahre 1913. Im Jahre 1913 aber war Hochkonjunktur, die aufsteigende deutsche Industrie war vollbeschäftigt. Deutschland deckte sein Ausfuhr-Defizit durch die Zins- und Profitgänge seiner im Auslande angelegten Kapitalien. Diese sind heute ganz weggefallen, die deutsche Industrie ist verloddert und von der Technik des Auslandes überholt. Das Manko des deutschen Außenhandels beträgt, seit Anfang dieses Jahres 2 337 Millionen Mark, seit der Wirksamkeit des Dawes-Planes (seit dem „Aufstieg") über 3 Milliarden, seit Anfang 1924 fast 6 Milliarden Mark. Fast 6 Milliarden Mark Fleisch und Blut des deutschen Wirtschaftskörpers wurden also ins Ausland abgegeben!

Hinzu kommt die sinkende Steuerkraft, die sich durch Mindereinnahmen des Reiches ausdrückt. Die gutfunktionierende deutsche Wirtschaft hatte 1913 6070 Millionen Mark Geld im Verkehr (die Umlaufsmittel des Staates). Im November 1924 waren es 3 955,5 Millionen Mark, und im Mai 1925 sind es bereits 4771 Millionen Mark. Das, trotz des kleineren Gebietes des Reichsumfanges!

Die Geschichte sieht wirklich eher nach Inflation aus als nach „Export-Frühling".

## Vom Stinnes-Bankerott

Nach Meldungen aus dem „Vorwärts" hat Edmund Stinnes die Interessenverbindungen mit der Automobil-Verkehrs- und Uebungsstraße (Avus) gelöst. Außerdem wird jedenfalls die Stinnes'sche Reklamegesellschaft in andere Hände übergehen. Die Stinnes'schen Hafengelände sind schon vor einiger Zeit gegen 5 Millionen Mark an den deutschen Staat verkauft worden. So bröckelt Stück für Stück von dem einst so großen herrlichen Stinneskonzern als unhaltbar ab. Die Krise frißt langsam aber sicher.

## Eine Auslandsanleihe für Berlin

Zur Erweiterung des Untergrundbahnsystems und zum Ausbau der elektrischen Licht- und Kraftwerke hat die Stadt Berlin mit einem amerikanischen Konsortium von New-Yorker Großfirmen eine Anleihe abgeschlossen. Dieselbe ist eine 6%prozentige 25-jährige amortisable Anleihe im Betrage von 15 Millionen Dollar. So sieht der Kampf des deutschen Kapitals gegen die Ueberfremdung durch ausländisches Kapital aus. Sie müssen, ob sie wollen oder nicht, die Weltwirtschaft schreibt den Weg vor. Die Ausbeutung der geduldigen Proletarier wird zur Deckung der Schulden gewährleistet.

## Mitteilungen

**RHEINLAND-WESTFALEN.**

— **Unterbezirk Barmen - Elberfeld - Ronsdorf.** Sonntag, den 5. Juli, vormittags 9½ Uhr, bei Uttermann, Barmen, Parteiversammlung. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen notwendig.

**GROSS-BERLIN.**

1. **Unterbezirk.** Donnerstag, den 2. Juli, im bekannten Lokal kombinierte Mitgliederversammlung. Wegen des wichtigen Themas ist das Erscheinen aller Genossen notwendig.

•

5. **Bezirk (Friedrichshain).** Donnerstag, den 2. Juli, abends 7½ Uhr, Graudenzer Str. 3, Mitgliederversammlung. Stellungnahme zur Centralausschußsitzung. Sämtliche Genossen und Genossinnen haben zu erscheinen. 5. Unterbezirk.

•

6. **Unterbezirk.** Donnerstag Abend ½8 Uhr, im Kottbuser Krug, kombinierte Mitgliederversammlung. Vortrag über „Die Entwicklungstheorie". Alle Genossen müssen erscheinen.

•

16. **Unterbezirk der Allg. Arb.-Union (Köpenick).** Donnerstag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Köpenick, Rudower Straße 21. Alle Genossen müssen pünktlich erscheinen. — **Die Parteigenossen, sowie Jugend sind verpflichtet, an der Versammlung teilzunehmen.**

•

17. **Unterbezirk.** Am Freitag, den 10. Juli, **Mitgliederversammlung** bei Bartsch, Neue Bahnhofstr. 20. Referat: Die Niedergangsepoche des Kapitalismus.

•

19. **und 20. Bezirk.** Freitag, den 10. Juli, abends 7½ Uhr, **Mitgliederversammlung,** am Bahnhof Schönholz, Seebeck- und Sommerstraße. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

**Kommunistische Arbeiter-Jugend.**

Jeden Mittwoch, abends 7,30 Uhr, finden im Jugendheim Lichtenberg, Dossestr. 22, Vorträge statt. Mitglieder müssen zwecks Abrechnung um 7 Uhr erscheinen.

Die Gruppenleitung.

### Pressesonds

Gen. vom 14. Unterbezirk Berlin 1,50; Gen. Deuter, Berlin 5; 7. Unterbezirk Berlin 10; Gen. 1. Chemnitz 1; Gen. Holz, Köln 0,35; Gen. Schlüter, Hasper 1, Westf. 1,85; Gen. Franke, Wriezen 1,50; Hübner, Berlin 1,10 Mark.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schwenk, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Lange Straße 79.

**Bestell-Zettel ".**

Ich bestelle hiermit die

**„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"**

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort: Nr.

Straße:

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu senden.

6. Jahrg. Nr. 52 Preis 0,15 Mk.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 20
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

## Nationalisten-Dämmerung

Die von uns schon oftmals festgestellte Tatsache, daß die Politik der deutschen Bourgeoisie sich am allerwenigsten nach den „Belangen" nationaler Spießer orientieren kann, wird gegenwärtig abermals erhärtet. Wie seinerzeit die Gefolgschaft der Deutschnationalen ein wildes Indianergeheul anstimmte wegen der Dawes-Erfüllung, so rebellieren jetzt die Hindenburg-Wähler merklich gegen die Politik (vornehmlich die auswärtige) der Luther-Regierung. Seit Wochen bereits laufen wichtige norddeutsche Landesverbände der Deutschnationalen in Resolutionen Sturm gegen die deutsche Außenpolitik. Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns" sowie der „Nationalverband deutscher Offiziere" wenden sich kategorisch gegen die Entwaffnungsnote und den Sicherheitspakt und verlangen die Verweigerung jedes Eingehens auf die französische Note. Auch der „Lokalanzeiger" und die „Deutsche Zeitung" von der Berliner schwarzweißroten Presse haben das Banner der offenen Opposition gegen die Reichsregierung gehißt. Ganz ungeniert wird die Forderung aufgestellt nach Ersetzung Stresemanns durch eine Person, deren Außenpolitik „nicht dem Felde, sondern dem Vaterlande Vorteile schafft.

Die schwarzweißroten Kleinbürger rebellieren gegen ihr eigen Werk. Sie haben Grund dazu, denn ihre Hoffnungen gehen eine nach der anderen in Scherben. Was hatte man ihnen in den vergangenen Wahlschlachten nicht alles versprochen? Aufwertung, Befreiung vom Versailler Diktat, Wiedererstellung der nationalen Selbstständigkeit, und wie die schönen Dinge alle heißen. Die Hindenburg-Wähler, unfähig über ihren nationalen Kirchturm hinauszublicken, machten den Kurs der sozialdemokratischen und linksbürgerlichen Staatsmänner verantwortlich für ihre soziale Notlage und verhalfen die altpreußischen Granden als die Repräsentanten einstiger „nationaler Größe" in die staatspolitische Leitung. Die Sieger des 7. Dezember und 26. April wurden als „Retter" Deutschlands gefeiert — aus Worten sollten nun Taten werden.

Aber dem Rausche der schwarzweißroten Flitterwochen ist sehr bald der Katzenjammer gefolgt, denn keiner von den nationalen Wechseln ist bisher eingelöst, sie gelten einfach nichts wie Papierzettel der Inflationszeit. Die Gefolgschaft der Regierungsparteien sieht sich aufs neue getäuscht in ihren Hoffnungen, die Felle schwimmen ihr fort. „Aufwertung"? Die ist in nebelhafte Ferne gerückt; das Echo auf den Schrei der Millionen kleinen Sparer ist eine langsam fortschreitende Entwertung ihrer Löhne und Gehälter, und die kommenden Schutzzölle werden die Lebenshaltung aller Nichtbesitzenden noch mehr verteuern. Die „Retter" stehen mit leeren Händen da und müssen sich im Reichstage retten vor ihren eigenen Wählern. Und welcher schwarzweißrote Diätenschlucker fasselt heute noch vom Kampf gegen die nationale Schmach des Versailler Vertrages? Der ist mit der Laterne zu suchen bei hellem Tage. Es ist still geworden davon, und nur die Stammtischrunden für völkische Idioten lassen noch als letzte Mohikaner ihr „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" aus heiseren Kehlen erklingen.

Dabei sind die nationalen Paukenschläger des Hindenburg-Kabinetts nicht nur kleinlaut geworden, sondern schon zahm, äußerst zahm sogar. Die schwarzweißroten Tröpfe müssen heut wie betrübte Lohgerber feststellen, daß all ihr Geschrei nach standfester Wahrung der „nationalen Würde" Humbug ist, der die Politik der Luther-Regierung ebenso wenig beeinflußt wie früher diejenige des Zentrumspfaffen. Im Gegenteil, mit dem Garantieangebot Stresemanns befindet sich die Aussöhnung und Verbrüderung mit dem verhaßten „Erbfeind" sichtbar auf dem Marsche und auch wirtschaftlich demonstriert die Kapitalistenklasse mit dem deutsch-französischen Eisenkartell zur Genüge ihre „nationale Unabhängigkeit". Und die Hindenburg-Regierung erklärt sich sogar bereit, die in der französischen Antwortnote zur Sicherheitsfrage verlangten Verhandlungen in Kürze aufzunehmen. Die Note Frankreichs aber zerstört eine Reihe weiterer Hoffnungen, die die schwarzweißroten Kleinbürger auf den deutschen Garantievorschlag setzten. Es wurde versichert, daß dadurch die Räumungen im Westen wieder mehr in Fluß kommen würden. Damit hat es aber nun trotzdem noch gute Weile. Man betrachtet es schon als großen Erfolg, daß endlich wieder mal von der Freigabe des eigentlichen Ruhrgebietes gesprochen wird. Hinter der Räumung der Düsseldorfer und Duisburger Sanktionsgebiete steht jedoch noch wie vor ein großes Fragezeichen, ganz zu schweigen von der Freigabe Kölns, davon ist überhaupt nicht die Rede. Dies allein schon sind gewiß solche „Erfolge" der deutschen Außenpolitik, die wie ein Kaltwasserstrahl auf den nationalen Spießer wirken müssen. Die Entwaffnungsnote und jetzt das Verlangen der Botschafterkonferenz nach entscheidender Beschränkung der deutschen Luftschiffahrt tun ein übriges, um den Scherbenhaufen der schwarzweißroten Illusionen zu vergrößern.

Ferner ist die Note Briands wie selten eine Auslassung der Pariser Staatenlenker geeignet, den deutschen Hindenbürgern die Augen zu öffnen über die ungeheure Machtstellung des französischen Imperialismus in Europa. Deutschland ist dazu bestimmt, das Aufmarschgebiet für etwaige Völkerbundskriege zu werden, denn Frankreich besteht kategorisch auf dem Durchmarschrecht auch dann, wenn der „Völkerbund" ihm dieses nicht einräumt. Die französische „links"-bürgerliche Regierung weist im Bewußtsein ihrer imperialistischen Stärke entgegen einer vorher geäußerten Auffassung des englischen Außenministers darauf hin, daß sie auf alle Fälle so verfahren werde, wenn ihre Vasallenstaaten östlich Deutschlands in Bedrängnis geraten. Auch die durch frühere Auslassungen der englischen Blätter bei den deutschen Nationalisten genährten Hoffnungen auf eine näherrückende Revision der Ostgrenzen verflüchtigen sich wieder wie Seifenblasen. Der Leiter der englischen Außenpolitik selbst ist es, der jetzt im Unterhause keinen Zweifel daran ließ, daß um des europäischen Friedens willen die deutsche Ostgrenzenfrage nur eine Angelegenheit des „Völkerbundes" sein könne. Es ist klar, daß damit bei der ablehnenden Haltung besonders Frankreichs und Polens die deutschersetzs angestrebte Grenzänderung garnicht erst auf die Tagesordnung gesetzt wird. Die französische Note wiederholt endlich die alte Forderung auf vorbehaltlosen Beitritt Deutschlands zum „Völkerbund", damit die deutsche Regierung eindeutiger wie bisher für eine bestimmte europäische Politik sich entscheiden muß.

Infolge dieser unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich der Wahrung „nationaler Belange" entgegenstellen, muß das Vertrauen der Hindenburg-Wähler zu den schwarzweißroten Regierungsparteien Stück für Stück erschüttert werden. Je offensichtlicher die nationalistischen Wahlprogramme als eitel Illusion sich erweisen, desto mehr müssen die deutschnationalen Schreier gewahr werden, daß sie nur aus dem Regen in die Traufe gekommen sind. Der Bankrott der großbürgerlichen Illusionspolitik, die Nationalisten-Dämmerung kommt nicht überraschend, sie mußte zwangsläufig eintreten, als die deutschnationalen Oppositionsleiden Gelegenheit erhielten, durch Teilnahme an der staatspolitischen Ausübung der Kapitalsherrschaft ihre großspurigen Versprechungen einlösen zu können. Sie vermögen dies trotz aller Beteuerungen nicht, denn jede deutsche kapitalistische Regierung ist an die nun einmal gegebenen Verhältnisse gebunden; wirtschaftlich müssen die staatspolitischen Repräsentanten des deutschen Kapitals dessen verminderten Profitmöglichkeiten durch Abbau der Sozialpolitik, Anziehen der Steuerschraube und konsumbelastende Zollmaßnahmen Rechnung tragen, und außenpolitisch wird die Stellung jeder deutschen Regierung diktiert durch die Weltlage im allgemeinen und durch die europäische Mächtekonstellation im besonderen. In der machtpolitischen Beherrschung Europas durch die Entente unter französisch-englischer Führung spielt das bürgerliche Deutschland heut nur noch eine untergeordnete Rolle, seine Außenpolitik ist abhängig von diesem mit dem Weltkriege entscheidend veränderten Kräfteverhältnis. Eine deutsche kapitalistische Regierung kann auch nicht willkürlich von der sogenannten westlichen Orientierung (der Anlehnung an die Entente) zur östlichen (der Annäherung an Rußland) hinüberwechseln, denn bei ihrer imperialistischen Fesselung und ihren aus dem Versailler Vertrag und dem Dawes-Plan resultierenden Verpflichtungen bedeutet eine solche Loslösung von England-Frankreich für das deutsche Kapital durchaus keine Stärkung seiner Position. Die deutsche Bourgeoisie muß vielmehr in Fühlung mit den kapitalistischen Weltmächten bleiben, da sie ja auch finanziell zu diesen in ein Abhängigkeitsverhältnis geraten ist.

So zeigt die Opposition schwarzweißroter Verbände gegen das Hindenburg-Kabinett dem Proletariat wiederum, daß keine kapitalistische Regierungspartei, die Hoffnungen ihrer Wähler erfüllen kann, daß deshalb an Stelle bloder parlamentarischer Regierungsstürzerei nur der Machtkampf um die Zertrümmerung der bürgerlichen Gesellschaft die sozialen Verhältnisse von Grund auf zu ändern vermag.

## Die Weltpolitik und die Arbeiterklasse

Außerhalb der aktiven Einstellung der Arbeiterklasse vollzieht sich heute ein politischer Prozeß, dessen Wirkungen auf die breiten Massen der Besitzlosen eines Tages wie ein Gewitter niedergehen muß. Passiv und zum großen Teil uninteressiert sieht sie den umstürzenden Erscheinungen gegenüber, die immer größere Wolkenmassen auftürmen.

Betrachten wir die Massen der Ausgebeuteten, die sich in den bestehenden Verhältnissen der Gesellschaftsordnung willenlos, ohne die leiseste Regung von Selbstbewußtsein hin- und herzerren lassen, so geht uns die Wirklichkeit der kapitalistischen Welt vollkommen verloren. Wenn wir demgegenüber die politische Offensive der Kapitalistenklasse beobachten, die offene Reaktion, die sich dem Proletariat entgegenstellt, brutal und rücksichtslos, so wird uns zwangsweise das politische Verhältnis klar, in dem sich die herrschenden Klassen befinden. Nicht in einer Weltepoche des Aufstiegs oder des Stillstands einer Gesellschaftsordnung befinden wir uns, sondern im schärfsten wirtschaftlichen und politischen Zersetzungsprozeß des Kapitalismus. Ein Prozeß, der mit katastrophaler Wirkung die sich verschärfenden Klassenverhältnisse aufdecken muß. Wenn auch das Proletariat nicht mehr an Revolution glaubt, so läuft die Entwicklung mit Naturnotwendigkeit in rasendem Tempo dieser Klassenentscheidung entgegen. Die herrschenden Klassen des kapitalistischen Systems führen heute schon neben dem zwangsläufigen Kampf gegen die Wirtschaftsentwicklung — den politischen Kampf gegen den Machtkampf der Arbeiterklasse, der in der Entwicklung schlummert. Die Entwicklung ist ein hartes Muß der Daseinsgesetze, sie drückt jeder Zeitepoche ihr Siegel auf.

Wenn auch die Arbeiterklasse **den bestimmenden Getrieben des kapitalistischen Systems passiv** gegenübersteht, die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise, die Weltpolitik des Kapitals wird nicht an ihr vorübergehen. Sie fängt schon heute Schritt für Schritt an sich gegen die Träger des Systems, die Lohnsklaven mit glühenden Ketten aufzurichten. Nur mit roher Gewalt, mit barbarischen Unterdrückungsmethoden versucht das System sich gegen die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsmächte zu behaupten. Nun, wo das Proletariat verkannt hat — seine Aufgaben der proletarischen Revolution zu Ende zu führen und das im Kriege zerrüttete Herrschaftssystem, die Profitwirtschaft auszurotten, richtet sich in der ganzen Welt die offene politische Reaktion auf. Diese ruht nicht auf einer wirtschaftlichen Sicherheit der Existenzbedingungen, sondern entsteht aus dem Selbsterhaltungstrieb gegenüber der proletarischen Revolution. Die Wirtschaft, die den Verzweiflungskampf auf dem Weltmarkt führt, muß sich mit Gewalt gegen die Selbstbewußtseinsentwicklung der ausgebeuteten Klasse wehren.

In der ganzen Welt offenbaren sich die Wirklichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Ein ständiges Ringen um die Existenzbedingungen, das immer schärfere Formen aufweist.

Auf der einen Seite Zollblockaden, die den Wirtschaftsapparat jedes Staates vor der vernichtenden Konkurrenz schützen sollen, auf der andern die imperialistische Entfaltung auf dem Weltmarkt. Die Ausbeutung unterdrückter Staaten, die Gründung von Sicherheitspakts, die militärische Wettrüstung, der imperialistische Krieg in den Kolonialstaaten und die blutigen Terrorakte gegen die unterdrückten Klassen; das sind Zeichen eines neuen Weltbrandes. Hierin zeigt sich die